

Anträge

Inhaltsverzeichnis

A - Starker DGB

A001	Wir gestalten die Zukunft der Arbeit - Mit einem starken DGB	10
A002	Mehr Wirksamkeit des DGB in der Fläche	19
A003	DGB-Stadt- und Kreisverbände digital vernetzen	20
A004	Satzungsstruktur	21
A005	Fortsetzung des DGB-Zukunftsdialogs	22
A006	Stärkere Beteiligung der Gewerkschaften an der neuen Frauenbewegung	23
A007	Senior*innenmitbestimmung	24
A008	Starke gewerkschaftliche Bildung für starke Gewerkschaften	25
A009	Mitbestimmung als Thema in den Schulen	27
A010	Repräsentation des DGB an Hochschulen	28
A011	DGB-Gewerkschaften gegen Rassismus und Diskriminierung: Unterstützung der „Respekt“-Schilderaktion	29
A012	Geschlecht	30
A013	Drittes Geschlecht im DGB und den Mitgliedsgewerkschaften	31
A014	Demokratie	32
A015	Material BR Wahl in osteuropäischen Sprachen	33
A016	Konzeption BR Wahlen mit Blick auf Migrant*innen	34

B - Landespolitik

B001	Für eine arbeitnehmer*innen-orientierte Politik im Land	35
B002	Stärkung der Bildungsinfrastruktur in der Fläche	45
B003	Sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung an Schulen	46
B004	Ausgleich von Bildungsdefiziten durch die Corona Krise bei Schüler*innen und Auszubildenden	47
B005	Moderne Ausstattung der Berufsschulen in Baden-Württemberg	48
B006	Ausbildung im Land stärken – jetzt aktiv werden	49
B007	Für eine nachhaltige Strukturreform des Gesundheitswesens	50
B008	Wohnen muss leistbar und lebenswert sein	52
B009	Keine Pflegekammer in Baden-Württemberg	57
B010	Kostenfreier ÖPNV	58
B011	365-€-Ticket im ÖPNV Baden-Württemberg für alle	59
B012	Sozialticket für die Region Stuttgart und andere Großräume in Baden-Württemberg	60
B013	Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele an Schulen	61
B014	Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bis einschließlich 14 Jahre	62
B015	Umsetzung des Programms „Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt an Kinder und Jugendlichen“ an den Schulen in Baden-Württemberg	63
B016	Studiengebühren	64
B017	Bessere Finanzausstattung für unsere Kommunen	65
B018	Zuordnung personalvertretungsrechtlicher Beschlussverfahren hin zur Arbeitsgerichtsbarkeit	66
B019	Gesetzliche Anpassungen/Änderungen in den Gesetzen ChancenG/LPVG zur Stellung der Beauftragten für Chancengleichheit bzw. der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten	67
B020	Rehabilitation und Entschädigung für Betroffene des „Radikalenerlass“ – für ein demokratie-orientiertes Berufsbeamtentum	68
B021	Für den freien Sonntag	69
B022	Gutes Leben auch für Geflüchtete und langjährig Geduldete in Baden-Württemberg	70
B023	Faire Mobilität und Grenzgänger*innen-Beratung	71

B024 Faire Mobilität verstetigen

72

C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg

C001	Gut arbeiten und leben in Baden-Württemberg	73
C002	Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen	79
C003	Keine betriebsbedingten Kündigungen wegen Digitalisierung	80
C004	Arbeit auf Abruf	81
C005	Befristung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen eindämmen!	82
C006	Transformation der Industrie aktiv begleiten und Beschäftigung sichern	83
C007	Amazon & Co: So nicht! Kriterien für Gute Arbeit bei der Ansiedlung von Gewerbe	86
C008	Weg mit den prekären Beschäftigungsformen – Sozialstaat erhalten und ausbauen	87
C009	Sicherstellung der Ausbildungsqualität im Betrieb	88
C010	Immer weniger Betriebe bilden aus. Wer nicht ausbildet, soll zahlen.	90
C011	TV Stud - Aufnahme der Beschäftigtengruppe in den Tarifvertrag	91
C012	Bezahlung von Studierenden während des Praxisteils einer Thesis und während Pflichtpraktika	92
C013	Übernahme der Studiengebühren für DH Studenten durch den Arbeitgeber	93
C014	Geschlechtergerechter Zugang zur Weiterbildung / Qualifizierungsprozesse für Frauen in der Transformation stärken	94
C015	Für eine aktive Friedenspolitik – gegen Rüstungsexporte und für Rüstungskonversion	96
C016	Klima braucht Frieden: Für ein Friedensklima!	98
C017	Atomwaffenverbot statt einem neuen atomaren Wettrüsten	100
C018	Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag	101
C019	Atomaren Wahnsinn beenden! Für eine atomwaffenfreie Welt! Abrüsten statt aufrüsten! Protest und Widerstand notwendig!	102
C020	Abschiebungen stoppen!	103
C021	Staatliche Pflichtversicherung für Elementarschäden	104

002	Wahl des Präsidiums, der MPWK und Bestätigung der Antragsberatungskommission	6
003	Beschluss der Geschäfts- und Wahlordnung (GWO) für die 22. ordentliche Bezirkskonferenz des DGB-Bezirks Baden-Württemberg sowie aktuelle Tagesordnung	7
004	Beschluss über die Zuerkennung des Stimmrechts der Delegierten	8
005	Entlastung des Bezirksvorstandes und der Regionsgeschäftsführer*innen	9
Test	Einheitsgewerkschaft	105

Antrag 002: Wahl des Präsidiums, der MPWK und Bestätigung der Antragsberatungskommission

Laufende Nummer: 85

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand (DGB BW · Nr. 200)		
Status:	angenommen		
Abstimmung	Ja:	(100 %)	80
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:		0
	Eingegangene Stimmen:		80

1 **Vorschlag für die Wahl des Präsidiums:**

- 2 Farina Semler, GEW
- 3 Anita Vooren, ver.di
- 4 Matteo Scacciante, IG Metall

5 **Vorschlag für die Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission:**

- 6 Gabi Class-Götz, ver.di
- 7 Uwe Müller, IG BAU
- 8 Jordana Vogiatzi, IG Metall
- 9 Grit Brückner, IG BCE (stellv. Nicole Weiss, IG BCE)
- 10 Jürgen Stahl, GEW

11 **Vorschlag für die Bestätigung der Antragsberatungskommission:**

- 12 Manuel Amberger, EVG
- 13 Wilfried Weisbrod, ver.di
- 14 Wolfgang Kreis, IG BAU
- 15 Martin Hettler, GEW
- 16 Nicolas Bauer, IG Metall
- 17 Jens Lehfeldt, IG BCE
- 18 Alexander Münchow, NGG
- 19 Jörg W. Schmitt, GdP

Antrag 003: Beschluss der Geschäfts- und Wahlordnung (GWO) für die 22. ordentliche Bezirkskonferenz des DGB-Bezirks Baden- Württemberg sowie aktuelle Tagesordnung

Laufende Nummer: 86

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand (DGB BW · Nr. 200)		
Status:	angenommen		
Abstimmung	Ja:	(100 %)	79
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:		0
	Eingegangene Stimmen:		79

- 1 Beschluss der Geschäfts- und Wahlordnung (GWO) für die 22. ordentliche
- 2 Bezirkskonferenz des DGB-Bezirks Baden-Württemberg sowie die aktuelle Tagesordnung
- 3
- 4 GWO und aktuelle Tagesordnung liegen vor.

Antrag 004: Beschluss über die Zuerkennung des Stimmrechts der Delegierten

Laufende Nummer: 90

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand (DGB BW · Nr. 200)		
Status:	angenommen		
Abstimmung	Ja:	(100 %)	78
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:		0
	Eingegangene Stimmen:		78
Abstimmung (inkl. Nachmeldung)	Ja:	(100 %)	82
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:		1
	Eingegangene Stimmen:		83
Abstimmung (inkl. Nachmeldung 2.)	Ja:	(100 %)	80
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:		0
	Eingegangene Stimmen:		80

- 1 Den von der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission bestätigten Delegierten wird das
- 2 Stimmrecht zuerkannt.

Antrag 005: Entlastung des Bezirksvorstandes und der Regionsgeschäftsführer*innen

Laufende Nummer: 87

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand (DGB BW · Nr. 200)		
Status:	angenommen		
Abstimmung	Ja:	(100 %)	80
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:		1
	Eingegangene Stimmen:		81

- 1 Der Bezirksvorstand und die Regionsgeschäftsführer*innen werden entlastet.

Antrag A001: Wir gestalten die Zukunft der Arbeit - Mit einem starken DGB

Laufende Nummer: 67

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand (DGB BW · Nr. 200)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	1. Leitantrag A Wir gestalten die Zukunft der Arbeit mit einem starken DGB
Abstimmung über Antragsblock 1	Ja: (100 %) 92 Nein: (0 %) 0 Enthaltung: 0 Eingegangene Stimmen: 92

1 Wir gestalten die Zukunft der Arbeit - Mit einem starken DGB

2

3 1. Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsweisen des DGB Baden-Württemberg

4 Gerechtigkeit, Solidarität sowie gute Arbeit und gutes Leben für alle sind die
5 gemeinsamen Ziele der DGB-Gewerkschaften in Baden-Württemberg. Die Klimakrise und die
6 dadurch nötige Dekarbonisierung der Industrie, die voranschreitende Digitalisierung
7 und die zunehmende gesellschaftliche Spaltung stellen uns im kommenden Jahrzehnt vor
8 rasante Veränderungen und gewaltige Herausforderungen.

9

10 Damit wir in einer komplexer werdenden Welt die Zukunft der Arbeits- und
11 Lebensbedingungen im Sinne aller Beschäftigten beeinflussen und gestalten können,
12 müssen wir aktiv im Betrieb und sichtbar in der Gesellschaft sein. Wir müssen
13 gesellschaftliche Bündnisse für sozialen Fortschritt stärken und mit klarer Stimme
14 gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen und anderen Verbänden auftreten.
15 Gleichzeitig müssen wir unsere gewerkschaftliche Praxis überprüfen und an die neuen
16 Herausforderungen anpassen.

17 Mehr denn je gilt es, die Bedürfnisse von Beschäftigten und gewerkschaftlichen
18 Aktiven zum Ausgangspunkt der Arbeit des DGB Baden-Württembergs zu machen. Unsere
19 Aktivitäten sollen dazu beitragen, mehr Menschen für die Mitgliedschaft in einer der
20 acht DGB-Gewerkschaften zu gewinnen, die gewerkschaftliche Handlungsmächtigkeit zu
21 erhalten und zu erweitern. Die Vielfalt der Herausforderungen erfordert gleichzeitig
22 eine Schwerpunktsetzung. Entlang der Handlungsfelder

- 23 • Öffentliche Investitionen, Daseinsvorsorge und gutes Leben
- 24 • Transformation der Industrie hin zu Klimaneutralität und sichere Beschäftigung
- 25 • Gute Arbeit in digitalen Zeiten fair gestalten

26 wollen wir auf dem Weg zur nächsten Bezirkskonferenz unsere Kräfte konzentrieren, um
27 gemeinsam für Gerechtigkeit und sichere Arbeitsplätze in Baden-Württemberg
28 einzustehen.

29

30 **1.1. Interessenvertretung gegenüber der Politik**

31 Der DGB Baden-Württemberg ist die politische Stimme seiner acht
32 Mitgliedsgewerkschaften im Land und vertritt deren gemeinsame Interessen insbesondere
33 gegenüber der Landespolitik. Wir müssen sowohl unsere Anliegen – wie beispielsweise
34 das Tariftreuegesetz, die Erhöhung der öffentlichen Investitionen und die Gründung
35 einer Landesentwicklungsgesellschaft – voranbringen als auch Angriffe auf erreichte
36 Errungenschaften abwehren. Dazu bedarf es kontinuierlicher Kontakte und verlässliche
37 Kommunikation mit den Vertreter*innen der Parteien, der Landtagsfraktionen sowie der
38 Ministerien. Auch die Regionen stehen in regelmäßigem Austausch mit den Landtags- und
39 Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen.

40 Mit der AfD gibt es weiterhin keine Zusammenarbeit, weil sie unseren
41 Wertevorstellungen fundamental entgegensteht.

42

43 **1.2. Wandel der öffentlichen Kommunikation begleiten**

44 Der DGB ist eine Interessenvertretungsorganisation, die ihre politischen Ziele mit
45 einer starken Öffentlichkeitsarbeit untermauert: Wenn wir in politischen Gesprächen
46 nicht weiter kommen, werden wir laut. Dazu gehört auch, zu relevanten
47 gesellschaftspolitischen Debatten und Ereignissen Position zu beziehen.

48 Die Öffentlichkeitsarbeit des DGB Baden-Württemberg umfasst die klassische
49 Pressearbeit sowie die Kommunikation mit den Mitgliedsgewerkschaften, der Politik,
50 den Arbeitgebern und ihren Verbänden sowie mit Bündnispartnern und der
51 Zivilgesellschaft. Hierzu dienen unser Newsletter und anlassbezogene Positionspapiere
52 (DGB aktuell). Unsere digitalen Visitenkarten bilden unsere Internetseite
53 www.bw.dgb.de und die Homepages der Regionen.

54 Um dem Wandel der öffentlichen Kommunikation Rechnung zu tragen, wollen wir mit
55 unseren Social-Media-Kanälen (Facebook, YouTube, Instagram, Twitter, Telegram und
56 Spotify) präserter und schneller werden. Die jeweiligen Kanäle werden
57 zielgruppengerecht bespielt. Dabei ist uns die Interaktion mit den User*innen sehr
58 wichtig. Ebenso ist es uns wichtig, die Menschen im DGB und den
59 Mitgliedsgewerkschaften als engagiert, nahbar und sympathisch zu zeigen.

60 Mit auf die jeweiligen Zielgruppen zugeschnittenen Formaten schaffen wir einen
61 Wiedererkennungswert. Die User*innen wissen so, was sie erwartet: Ein politisches
62 Gespräch, persönliche Erfahrungsberichte, eine Stellungnahme zu aktuellen Ereignissen
63 oder Eindrücke unseres Engagements auf der Straße, bei Demonstrationen und
64 Kundgebungen. Durch das Einbeziehen vor allem junger politikinteressierter Menschen
65 wird die Reichweite der Online-Aktivitäten erweitert.

66

67 **1.3. Kampagnenarbeit und attraktive Veranstaltungsformate**

68 Mit intensiver Kampagnenarbeit verfolgen wir konkrete Ziele: Aufklärung, Beteiligung
69 oder die Umsetzung bzw. Abwehr einer konkreten politischen Maßnahme. Unsere
70 Kampagnenziele formulieren wir transparent. Grundlage ist die saubere Aufarbeitung
71 der Ausgangssituation, eine eindeutige Zielstellung sowie Klarheit hinsichtlich
72 personeller und finanzieller Ressourcen.

73 Unser Ziel sind attraktive 1.-Mai-Veranstaltungen in ganz Baden-Württemberg. Vom Tag
74 der Arbeit muss immer die Botschaft der Solidarität und der Zukunft für Gute Arbeit
75 ausgehen. Mit unserem Mitbestimmungspreis wollen wir weiterhin die Bedeutung von
76 Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb verdeutlichen und die Arbeit von
77 Mitbestimmungsgremien wertschätzen.

78 Gewerkschaftliche Aktivitäten und Veranstaltungen müssen mehr denn je kreativ und
79 vielseitig sein! Während der Corona-Pandemie hat ein Großteil des politischen und
80 gewerkschaftlichen Lebens und Handelns virtuell stattgefunden. Jetzt ist es wichtig,
81 die richtigen Lehren aus der Pandemie für unsere Arbeit zu ziehen. Der persönliche
82 Austausch ist wichtig für die gewerkschaftliche Willensbildung, gleichzeitig können
83 wir aber mehr und andere Kolleg*innen durch neue und hybride Veranstaltungsformate
84 beteiligen.

85 Nicht für jede und jeden muss jedes Format passen, aber für alle brauchen wir ein
86 passendes Format in unserer Kampagnenarbeit und bei Veranstaltungen. Mehr denn je
87 müssen unsere Offline-Aktivitäten mit Online-Angeboten verbunden werden.

88 Der DGB bringt seine Positionen auf vielseitige Weise bei Veranstaltungen von anderen
89 Organisationen und in der Öffentlichkeit ein. Auch bei klassischen Formaten wie
90 Podiumsdiskussionen, Parteiveranstaltungen oder Infoständen kann sich der DGB
91 innovativ einbringen. Dies gelingt durch konkrete Forderungen zu anstehenden Wahlen
92 oder spezifische Themen vor allem mit Erfahrungsberichten von Beschäftigten.

93 Formate wie „World-Café“, „mobiles Wohnzimmer“ oder auch politische Frühshoppen sind
94 gute Möglichkeiten, um eigene Inhalte attraktiv zu platzieren. Klassische Infostände
95 können in Verbindung mit Straßenaktionen (Pappwürfel, Info-Wäscheleinen, etc.)
96 Aufmerksamkeit bei Passant*innen wecken. Der DGB wird Freiräume schaffen, um neue
97 Formate zu entwickeln und bestehende Veranstaltungsformate weiterzuentwickeln.

98

99 **1.4. Bündnisarbeit ausweiten**

100 Zusammen mit anderen gesellschaftspolitischen Akteur*innen, wie den Kirchen, dem
101 Mieterbund, den Umweltorganisationen, der Friedensbewegung u.a., können wir oft noch
102 mehr erreichen. Deshalb sind wir zu zentralen Politikfeldern mit anderen
103 Organisationen im Dialog über Gemeinsamkeiten. Gemeinsam entwickeln wir Forderungen
104 und vertreten sie gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Zentral ist dabei, dass wir
105 als DGB in Bündnissen sichtbar sind und die gewerkschaftlichen Interessen der

106 Beschäftigten klar kommuniziert werden.

107 Die Klimakrise erfordert eine grundsätzliche Neubewertung der Art und Weise unseres
108 Wirtschaftens und Arbeitens. Dies gilt insbesondere für Baden-Württemberg mit einer
109 traditionell starken Industrie. Deshalb strebt der DGB Baden-Württemberg eine
110 strukturierte Zusammenarbeit mit Umweltorganisationen über soziale, ökologische und
111 ökonomische Nachhaltigkeit an. Das Ziel sind gemeinsame Anforderungen an eine
112 soziale, ökologische und demokratische Transformation.

113 Die Veränderungen der Arbeitswelt sind vielfältig und komplex und betreffen neben der
114 Arbeit im Betrieb auch die Art und Weise des Zusammenlebens. Die Corona-Krise hat die
115 Notwendigkeit einer Aufwertung des Sozial- und Gesundheitswesens verstärkt. Der DGB
116 Baden-Württemberg setzt auf die Zusammenarbeit mit betrieblichen Praktikern,
117 wissenschaftlichen Expert*innen, Auszubildenden und Studierenden sowie Personen des
118 öffentlichen Lebens in der einzurichtenden gewerkschaftlichen Zukunftswerkstatt
119 „GERECHT: Baden-Württemberg“.

120

121 **1.5. Kooperation Wissenschaft Arbeitswelt vertiefen**

122 Eine Stärkung und Vernetzung arbeitnehmer*innenorientierter Forschung ist angesichts
123 des Wandels der Arbeitswelt geboten. Es gilt, den vielfach technik- oder
124 angebotsorientierten Forschungsfragen einen Blick entgegenzusetzen, der die Menschen
125 im Arbeitsprozess ins Zentrum stellt. Gleichzeitig greift auch der DGB häufig auf
126 Forschungsergebnisse zurück, die die Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt
127 untersuchen und Alternativen zu vermeintlich alternativlosen Entwicklungen aufzeigen.
128 Um den Austausch mit Wissenschaftler*innen in Baden-Württemberg zu verstetigen und
129 ein ganzheitliches Verständnis zu schaffen, wird der DGB Baden-Württemberg

130 - die im Jahr 2021 gegründete Kooperationsstelle Wissenschaft Arbeitswelt an der
131 Universität Tübingen (KoWATü) weiterhin mittragen und im Beirat mitwirken,

132 - das arbeitssoziologische Netzwerk Arbeitsforschung Baden-Württemberg weiterhin
133 unterstützen,

134 - regelmäßige Treffen mit den Vertrauensdozent*innen, insbesondere der Hans-Böckler-
135 Stiftung, organisieren,

136 - weiterhin in Stakeholder-Beiräten usw. von Forschungsprojekten mitarbeiten und dort
137 die Sicht von Beschäftigten einbringen.

138

139 **1.6. Mit solidarischer Politik gegen Hass und Hetze von rechts**

140 Viele Menschen fühlen sich von der Politik nicht vertreten und befürchten, durch die
141 Transformationsprozesse abgehängt zu werden. Die Corona-Krise hat ihren Anteil zur
142 steigenden Verunsicherung beigetragen. Aus dieser Situation versuchen zahlreiche
143 Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme, Verschwörungstheoretiker*innen und
144 selbsternannte Querdenker*innen Profit zu schlagen. Sie behaupten, für „das Volk“ zu
145 sprechen, wo sie nur ihre eigenen Ressentiments Luft machen und leugnen

146 wissenschaftlich belegte Tatsachen (vom Corona-Virus bis zum menschengemachten
147 Klimawandel).

148 Der DGB Baden-Württemberg grenzt sich klar von diesen diskriminierenden und
149 antidemokratischen Gruppen und Parteien ab. Wir suchen aber die Diskussion mit
150 denjenigen, die kein geschlossenes rechtes Weltbild haben, sondern aus Enttäuschung
151 Alternativen suchen oder sich zurückziehen. Es gilt, die gewerkschaftlichen
152 Positionen einer solidarischen Politik und demokratischer Beteiligung und
153 Mitbestimmung aufzuzeigen und Angebote zum Mitmachen anzubieten.

154 Hierzu weitet der DGB-Baden-Württemberg die Vernetzungsstruktur für haupt- und
155 ehrenamtliche Kolleg*innen aus, um den Austausch über Ansprachekonzepte und die
156 Koordinierung eines gemeinsamen Vorgehens zu ermöglichen. Dabei werden Angebote der
157 politischen Bildung (Demokratiebildung, Aufklärung über die Arbeitsweise rechter
158 Gruppen), Bündnisarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und der Austausch
159 über wissenschaftliche Forschungsansätze weiterentwickelt. Die hierbei mit dem
160 Projekt „Vernetzung, Aufklärung, Unterstützung (VAU)“ des DGB Bildungswerk BUND und
161 des DGB-Bundesvorstands erfolgreich etablierte Arbeit werden wir fortsetzen.

162 Der DGB Baden-Württemberg unterstützt ebenso die Mitgliedsgewerkschaften in der
163 Auseinandersetzung mit rechten Akteuren in den Betrieben und Verwaltungen. Es gilt,
164 deren Bemühungen zum Aufbau einer betrieblichen Basis abzuwehren und deren Versuche,
165 den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften zu diskreditieren, abzuwehren. Das
166 erfordert ebenfalls eine klare Positionierung zur Transformation der Industrie.

167 Gegenüber den politischen Parteien wird der DGB Baden-Württemberg weiterhin eine
168 arbeitnehmer*innenorientierte Politik einfordern, um der gesellschaftlichen Spaltung
169 entgegenzuwirken. Nur so kann das Vertrauen in die Politik zurückgewonnen werden –
170 der DGB bringt dabei seine Anforderungen an eine gerechte und solidarische Politik
171 ein.

172

173 **1.7. Die Organisation gemeinsam fit machen**

174 Eine sich verändernde Beschäftigtenstruktur, die Demografie und der rasante Wandel
175 der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft sind eine Herausforderung für die
176 Mitgliedsgewerkschaften. Vieles wird ausprobiert, Erfahrungen werden gesammelt und
177 bestehende Strukturen verändert.

178 Der DGB Baden-Württemberg kann die Mitgliedsgewerkschaften dahingehend unterstützen,
179 indem gesammelte Erfahrungen rund um Erschließung und Organizing sowie die
180 Zusammenarbeit mit Betriebs- und Personalräten gemeinsam aufgearbeitet werden. Dieser
181 Best-Practice-Dialog kann auch Erfahrungen von Gewerkschaften aus anderen Ländern
182 umfassen, die ebenso auf der Suche nach passenden Organisationskonzepten sind.

183 Dabei kann der DGB Baden-Württemberg auch die eigene Struktur und Arbeitsweise
184 überprüfen und an die Bedürfnisse der Mitgliedsgewerkschaften anpassen.

185

186 **2. Zukunftsdialog weiterentwickeln**

187 **2.1. Starkes Ehrenamt, gemeinsame Ziele und gute Zusammenarbeit**

188 Gewerkschaften sind Mitmachorganisationen. Die Kolleg*innen, die sich im DGB
189 ehrenamtlich in den Stadt- und Kreisverbänden engagieren, vertreten vor Ort die
190 Interessen der Beschäftigten. In der Kommune wirken sich Entscheidungen aller
191 politischen Ebenen direkt auf das Leben der Menschen aus, Politik wird dort erfahrbar
192 und gestaltbar. Wir wollen deshalb auch in Zukunft mit einem starken Ehrenamt Themen
193 vor Ort kompetent und zielgerichtet bearbeiten. Themenvielfalt entlang unserer
194 gemeinsamen Schwerpunktsetzung verstehen wir dabei als Gewinn, um unterschiedlichen
195 Ausgangsbedingungen Rechnung zu tragen: im Ballungsraum können beispielsweise Fragen
196 nach einem modernen und leistungsfähigen Mobilitätsangebot und bezahlbarem Wohnraum
197 dringlich sein, im ländlichen Raum hingegen eine gute wohnortnahe
198 Gesundheitsversorgung und Betreuungs- und Bildungsangebote. Die Schwerpunkte setzen
199 die Kreis- und Stadtverbände. Bezirk und Regionen unterstützen sie mit fachlicher
200 Expertise.

201 Auf bezirklicher Ebene findet die Vernetzung der vielfältigen Projekte und Kampagnen
202 statt. Bezirk und Regionen, haupt- und ehrenamtliche Kolleg*innen kommen zu
203 fachlichen Veranstaltungen zusammen. Ein regelmäßiger Ort für fachlichen,
204 methodischen und strategischen Austausch sind die Kreis- und Stadtverbandstagungen.
205 Darüber hinaus finden Qualifizierungsveranstaltungen (u.a. Projektmanagement,
206 Zielgruppenansprache, die Nutzung von Social Media) statt.

207 Die Kreis- und Stadtverbände sind erste Anlaufstelle für Kolleg*innen, die sich im
208 DGB engagieren wollen. Unsere Veranstaltungen sollen noch sichtbarer werden und zur
209 Mitarbeit einladen. In Absprache mit dem Kreis- bzw. Stadtverbandsvorstand gründen
210 wir Projektgruppen, die themenbezogen zusammenarbeiten. Wir wollen damit ein Mitmach-
211 Angebot insbesondere für jüngere Zielgruppen und Kolleg*innen aus Betriebs- und
212 Personalräten schaffen, die sich im DGB gezielt für ein konkretes Anliegen stark
213 machen wollen. Ziel ist, sie dauerhaft für die Gewerkschaftsarbeit zu begeistern.

214

215 **2.2. Stärker in den Regionen verankert**

216 Unsere künftig sechs – statt bisher vier - Regionen bietet die Chance stärker vor Ort
217 präsent zu sein. Die sechs Regionen sind Schnittstelle zwischen DGB Baden-Württemberg
218 und Kreisverbänden, zwischen Landes- und Kommunalpolitik und damit häufig auch
219 zwischen dem, was unsere Mitglieder als Beschäftigte erwarten und dem, was sie sich
220 als Bürger*innen wünschen. Zu den Kernaufgaben der Regionen gehört das Empowerment
221 von Kolleg*innen, die sich in unseren Kreis- und Stadtverbänden engagieren.

222 Die Erfahrungen aus dem Projekt eSta (Regionale Strukturpolitik und öffentliche
223 Daseinsvorsorge) und dem Zukunftsdialog haben gezeigt, dass der DGB kommunal dann am
224 durchsetzungsstärksten ist, wenn die Akteur*innen im Kreisvorstand fokussiert,
225 informiert und qualifiziert sind. Dies leisten die Hauptamtlichen in den Regionen,
226 indem sie zunächst mit ihren Kreisvorständen Themen priorisieren, Ziele festlegen und

227 Vernetzung organisieren. So ist gewährleistet, dass Anforderungen der Stadt- und
228 Kreisverbände in der Landespolitik eine Rolle spielen und landespolitische
229 Forderungen mit konkreten Erkenntnissen aus der Lebenswirklichkeit der Menschen vor
230 Ort untermauert werden können.

231 Über diese Kernaufgabe hinaus behalten unsere Regionen den Blick auf die Entwicklung
232 der regionalen (Wirtschafts-)Struktur und bringen sich aktiv in Veränderungsprozessen
233 ein. Der Zukunftsdialog und unsere in Baden-Württemberg gesammelten Erfahrungen
234 sollen künftig verbindliche Richtschnur für alle Kreis- und Stadtverbände werden.

235

236 **3. Personengruppen**

237 **3.1. Die junge Generation gewinnen - Jugendarbeit und Studierendenarbeit**

238 Die gewerkschaftliche Jugendarbeit ist ein wichtiger Pfeiler der Gewerkschaften. In
239 diesem Sinne leistet die DGB-Jugend in enger Zusammenarbeit mit den Jugendlichen der
240 Mitgliedsgewerkschaften wichtige Arbeit. Im Fokus stehen die Ansprache der
241 Hauptzielgruppen, Angebote für Aktive und die politische Interessenvertretung.

242 Die Hauptzielgruppen der DGB-Jugend im Land sind Auszubildende und Studierende. Diese
243 sollen über die Bedeutung der Gewerkschaften informiert und für die Mitgliedschaft
244 begeistert werden. Hierfür werden die jungen Menschen gezielt dort angesprochen, wo
245 sie sich aufhalten: In der Berufsschule, auf dem Campus oder in den sozialen Medien.
246 Dabei steht die Vermittlung der Gewerkschaftsjugend als lebendige, mutige und
247 wirkmächtige Organisation, an der man teilhaben kann, im Mittelpunkt.

248 Die erfolgreiche Berufsschultour soll fortgesetzt werden. Gemeinsam mit den
249 Mitgliedsgewerkschaften im Land und vor Ort sprechen wir damit ganz unmittelbar
250 Auszubildende an und zeigen mit einem zielgruppennahen Bildungsteam, welche Rechte
251 Azubis haben und wie Mitbestimmung im Betrieb und damit auch wie Demokratie im Alltag
252 funktioniert. Um die Berufsschultour weiter zu stärken, wollen wir das Bildungsteam
253 weiter ausbauen und die Ansprache der Schulen verbessern.

254 Wichtig ist uns weiterhin das DGB-Jugendcamp Markelfingen, das für die DGB-Jugend und
255 die Mitgliedsgewerkschaften ein wichtiger Raum für Bildung und Gemeinschaft sowie ein
256 Herzensort ist. Über Markelfingen hinaus bieten wir unseren Aktiven
257 abwechslungsreiche Bildungsangebote von Seminaren und Schulungen für ihre
258 ehrenamtliche Arbeit bis hin zu internationalen Austauschprogrammen, z.B. mit
259 Kolleg*innen aus Israel.

260 Schließlich wollen wir eine hörbare Stimme für die Interessen und Themen junger
261 Menschen sein. Deshalb meldet sich die DGB-Jugend Baden-Württemberg lautstark und
262 eigenständig zu Wort, betreibt Interessenvertretung gegenüber der Politik und macht
263 Öffentlichkeitsarbeit für ihre Themen und Forderungen.

264 Seit Jahren steigt die Akademiker*innenquote in der Arbeitswelt und der Bedarf an
265 studierten Fachkräften. Dem entspricht ein verändertes Bildungsverhalten junger
266 Menschen, das sich in steigenden Studierendenzahlen zeigt. Dieser Trend wird sich in

267 den nächsten Jahren fortsetzen. Um langfristig handlungsfähig zu bleiben, müssen die
268 Gewerkschaften auf diese Entwicklung reagieren.

269 Die Studierendenarbeit der DGB-Jugend Baden-Württemberg ist mitgliederwirksamer
270 Erstkontakt und politische Bildungsarbeit zugleich. Darüber hinaus bietet sie ein
271 Betätigungsfeld für ehrenamtliches Engagement und ist Teil der nachhaltigen
272 Aktivierungsarbeit der Gewerkschaftsjugend. Die Studierendenarbeit der
273 Mitgliedsgewerkschaften und der DGB-Jugend Baden-Württemberg sind dabei eng
274 miteinander verzahnt. Die DGB-Jugend Baden-Württemberg will in enger Zusammenarbeit
275 mit den Mitgliedsgewerkschaften:

- 276 • ihre Präsenz an Hochschulen deutlich ausbauen, um den Bekanntheitsgrad bei
277 Studierenden zu erhöhen und mehr studierende Mitglieder zu gewinnen,
- 278 • die Interessen von Studierenden in Studium und studienbegleitender Beschäftigung
279 vertreten,
- 280 • die Bewusstseinsbildung bei Studierenden für gewerkschaftliche
281 Interessenvertretung unterstützen,
- 282 • landesweit einheitliche Qualitätsstandards in der Studierendenarbeit sichern,
- 283 • die (mitglieds-)gewerkschaftlichen Angebote koordinieren und
284 zielgruppenorientierte Angebote schaffen, die auch regionale Unterschiede in der
285 Hochschullandschaft und in den Gewerkschaftsstrukturen berücksichtigen.

286

287 **3.2 Frauen**

288 Die gezielte Ansprache von Frauen muss uns ein wichtiges Anliegen sein, wenn wir als
289 Gewerkschaften in Zukunft handlungsfähig bleiben wollen. Mit einer veränderten
290 Arbeitswelt und einer zunehmend weiblicheren Beschäftigtenstruktur ist es mehr denn
291 je notwendig, dass sich dies auch in unseren haupt- und ehrenamtlichen
292 Gewerkschaftsstrukturen niederschlägt. Nur so können wir die Interessen von
293 weiblichen Beschäftigten glaubhaft vertreten. Um insbesondere junge Frauen für eine
294 Mitgliedschaft und auch eine längerfristige aktive Mitarbeit in unseren Strukturen zu
295 erreichen, ist es wichtig, dass der DGB als handelnde feministische politische
296 Organisation wahrgenommen wird. In den jungen feministischen Bewegungen erkennen wir
297 wichtige Mitstreiter*innen für unsere gewerkschaftlichen Ziele. Deshalb wollen wir in
298 Zukunft unsere Netzwerk- und Bündnisarbeit ausbauen und Kooperationen stärken – auch
299 über die üblichen feministischen Aktionstage (wie 8. März oder 25. November) hinaus.
300 In unseren gewerkschaftlichen Handlungsfeldern Daseinsvorsorge, Transformation und
301 Gute Arbeit suchen wir Anknüpfungspunkte an frauenpolitische Diskurse rund um die
302 Fragen nach Selbstbestimmung und eigenständiger Existenzsicherung in allen
303 Lebenslagen und zeigen damit, dass der DGB ein verlässlicher Partner ist. Bestehende
304 und neue Social-Media-Formate sollen genutzt werden, um Frauen auch gezielter im
305 digitalen Raum zu erreichen. Wir wollen uns darüber hinaus mit dem
306 Bezirksfrauenausschuss und den Mitgliedsgewerkschaften über ein

- 307 Organisationsentwicklungskonzept „junge Frauen“ verständigen, um konkrete Ziele und
- 308 Maßnahmen hinsichtlich dieser Personengruppe festzuschreiben.

Antrag A002: Mehr Wirksamkeit des DGB in der Fläche

Laufende Nummer: 76

Antragsteller*in:	KV Esslingen/Goepplingen (DGB BW · Nr. 138)
Status:	angenommen als Material zu Antrag A001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag A001
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	1. Leitantrag A Wir gestalten die Zukunft der Arbeit mit einem starken DGB

- 1 dass der DGB künftig mehr in die und in der Fläche wirkt, um insbesondere kleinere
- 2 Gewerkschaften zu unterstützen und Angebote und Veranstaltungen für alle
- 3 Gewerkschafterinnen anzubieten. Das beinhaltet neben den regelmäßigen Treffen der
- 4 Kreisverbände auch die Betreuung von Komitees und Arbeitsgruppen in Teilkreisen und
- 5 Städten, damit auch in großen Kreisen DGB Arbeit Vorort stattfindet und nicht nur in
- 6 Großstädten.

Antrag A003: DGB-Stadt- und Kreisverbände digital vernetzen

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	KV Boeblingen (DGB BW · Nr. 156)		
Status:	angenommen als Material an Bezirksvorstand		
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an Bezirksvorstand		
Sachgebiet:	A - Starker DGB		
Antragsblock:	3. Gewerkschaftsarbeit in SV/KV		
Abstimmung über Antragsblock 3	Ja:	(97.753 %)	87
	Nein:	(2.247 %)	2
	Enthaltung:		1
	Eingegangene Stimmen:		90

- 1 Verbesserung der technischen Ausstattung der DGB-Kreisverbände und Bereitstellung von
- 2 “Collaboration”-Werkzeugen bis auf die Ebene der DGB-Kreisverbände und entsprechende
- 3 Bildungsangebote.
- 4 Die DGB-Bezirkskonferenz Baden-Württemberg beschließt
- 5 • Die Bereitstellung eines Kontos des beim DGB verwendeten Konferenzsystems für
- 6 jedes Mitglied des DGB-Stadt- oder Kreisvorstands und Bereitstellung einer
- 7 zusätzlichen telefonischen Einwahlnummer, welche für die Vorstandssitzungen und
- 8 Projektgruppen in Eigenverantwortung geplant und genutzt werden können.
- 9 • Den DGB-Stadt- und Kreisverbänden Möglichkeiten für eine eigene Präsenz im
- 10 Internetauftritt des DGB mit union-cms einzurichten und Fortbildungsmaßnahmen
- 11 dazu. Dieser Auftritt liegt in der Eigenverantwortung des jeweiligen DGB-Kreis-
- 12 oder Stadtverbandes.
- 13 • Für alle Mitglieder der Stadt- und Kreisverbände, die das wünschen, soll eine
- 14 vorname.name@dgb.de Mailadresse zur Weiterleitung eingerichtet werden.
- 15 • Einrichtung eines Leihpools bei den Regionen für technische Geräte, die zur
- 16 Durchführung von sogenannten hybriden Veranstaltungen genutzt werden können.
- 17 • Das unter Corona-Bedingungen aufgebaute Expertenwissen für erforderliche
- 18 Veranstaltungsformen soll in einer Übersicht der DGB-Experten und von Best-
- 19 Practice-Beispielen zur Verfügung stehen, damit sich die KV/SV Orientierung und
- 20 Rat holen können. Auch sollten Schulungsangebote angeboten werden.

Antrag A004: Satzungsstruktur

Laufende Nummer: 44

Antragsteller*in:	KV Ortenau (DGB BW · Nr. 163)		
Status:	abgelehnt		
Empfehlung der ABK:	Ablehnung		
Sachgebiet:	A - Starker DGB		
Antragsblock:	4. Satzungsstruktur		
Abstimmung über Antragsblock 4	Ja:	(84.884 %)	73
	Nein:	(15.116 %)	13
	Enthaltung:		6
	Eingegangene Stimmen:		92

- 1 Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg stellt einen Antrag an den DGB-Bundeskongress zur
- 2 Satzungsänderung und benennt DGB-Kreisverbände in DGB-Aktive um.

Antrag A005: Fortsetzung des DGB-Zukunftsdialogs

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	KV Pforzheim/Enzkreis (DGB BW · Nr. 139), KV Mannheim/Rhein-Neckar West (DGB BW · Nr. 150), SV Karlsruhe (DGB BW · Nr. 136)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	3. Gewerkschaftsarbeit in SV/KV

- 1 • Der DGB-Zukunftsdialog wird als zentrale Strategie der Kreis- und Stadtverbände
- 2 fortgesetzt
- 3 • Die Bezirke und die Bundesvorstandsverwaltung werden aufgefordert, Kapazitäten
- 4 zur Unterstützung dieser Aufgabe zur Verfügung zu stellen: In erster Linie in
- 5 Form von Austausch- und Qualifizierungsformaten, wie beispielsweise den
- 6 virtuellen Themenfrühstücken verschiedener Fachabteilungen oder den regelmäßigen
- 7 Treffen in den so genannten Themenkorridoren im Bezirk Baden-Württemberg

Antrag A006: Stärkere Beteiligung der Gewerkschaften an der neuen Frauenbewegung

Laufende Nummer: 58

Antragsteller*in:	DGB Bezirksfrauenausschuss (DGB BW · Nr. 221)		
Status:	angenommen		
Empfehlung der ABK:	Annahme		
Sachgebiet:	A - Starker DGB		
Antragsblock:	2. Personengruppen im DGB		
Abstimmung über Antragsblock 2	Ja:	(96.809 %)	91
	Nein:	(3.191 %)	3
	Enthaltung:		0
	Eingegangene Stimmen:		94

- 1 Der DGB Baden-Württemberg treibt gemeinsam mit den Einzelgewerkschaften eine
- 2 solidarische Zusammenarbeit mit der neuen politischen Frauenbewegung voran.
- 3 Diese Frauenbewegung ist in den letzten Jahren zu neuem Leben erwacht,
- 4 Demonstrationen, Bewegungen in den Sozialen Medien und "Frauenstreiks" sind zu einer
- 5 globalen Bewegung geworden. Auch die Frauenbewegung hier in Deutschland hat sich
- 6 bundesweit vernetzt und ist zu vielen Themen aktiv. Als Gewerkschaftsfrauen und
- 7 Gewerkschaftsbewegung beteiligen und engagieren wir uns in Bündnissen und bei
- 8 Demonstrationen. Aus unserer Sicht ist eine verstärkte Unterstützung und Beteiligung
- 9 des DGBs und seiner Einzelgewerkschaften an dieser neuen Frauenbewegung wichtig und
- 10 erforderlich.
- 11 Wir nutzen den Schwung und die Öffentlichkeit der neuen Frauenbewegung, um unsere
- 12 betriebliche und politische Frauenarbeit effizienter zu gestalten. Wir lernen
- 13 gegenseitig voneinander und wir veranstalten gemeinsame Aktionen, um in den Fragen
- 14 der Gleichstellung in der Arbeitswelt und Gesellschaft unsere Ziele besser zu
- 15 erreichen, um gemeinsam für eine bessere gleichberechtigte Zukunft ohne
- 16 Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

Antrag A007: Senior*innenmitbestimmung

Laufende Nummer: 50

Antragsteller*in:	KV Mannheim/Rhein-Neckar West (DGB BW · Nr. 150), KV Pforzheim/Enzkreis (DGB BW · Nr. 139)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	2. Personengruppen im DGB

- 1 Der DGB Baden-Württemberg richtet einen Arbeitskreises Senior*innenpolitik auf der
- 2 Landesbezirksebene ein.
- 3 • Wir fordern den DGB-Landesbezirk auf, diesen Arbeitskreis dabei zu unterstützen,
- 4 neben den bisherigen Themen Rente und Pflege auch die Themen digitale Teilhabe,
- 5 Mobilität, Wohnen, Sicherheit, Kultur und Bildung zu bearbeiten.
- 6 • Vor allem fordern wir den DGB-Landesbezirk dazu auf, sich für ein baden-
- 7 württembergisches Senior*innen-Mitwirkungsgesetz nach dem Beispiel der
- 8 Bundesländer Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Hamburg stark zu
- 9 machen.
- 10 • Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg unterstützt durch Angebote wie Veranstaltungen,
- 11 Tagungen und Weiterbildungsseminare sowie durch Öffentlichkeitsarbeit die
- 12 Senior*innenarbeit.
- 13 • In den AK Senior*innenpolitik auf Bundesebene ist ein*e Vertreter*in aus dem
- 14 baden-württembergischen AK zu entsenden.

Antrag A008: Starke gewerkschaftliche Bildung für starke Gewerkschaften

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	IG-BCE Landesbezirk Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 210)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	3. Gewerkschaftsarbeit in SV/KV

- 1 Der DGB Bezirk Baden-Württemberg und seine Einzelgewerkschaften sollen sich auch
- 2 weiterhin mit all ihren politischen und tarifpolitischen Möglichkeiten dafür
- 3 einsetzen, dass lebenslanges Lernen und Bildung für Arbeitnehmerinnen und
- 4 Arbeitnehmer möglich und selbstverständlich ist. Dies betrifft nicht nur betriebliche
- 5 Weiterbildung, sondern auch politische Bildung und Ehrenamtsqualifizierung und vor
- 6 allem gewerkschaftliche Bildung.
- 7 Bildung gehört zu den Kernaufgaben einer Gewerkschaft. Sie qualifiziert
- 8 Interessenvertreter*innen ihre Aufgaben kompetent und im Sinne der Beschäftigten und
- 9 vor allem unserer Mitglieder wahrzunehmen, als Betriebsrät*innen, als
- 10 Vertrauensleute, als Ausbilder*innen und als Kolleg*innen.
- 11 Sie schafft die Grundlagen politischer Orientierung unserer Mitglieder und ihrer
- 12 gewählten Repräsentant*innen. Sie bietet politische Heimat.
- 13 Dazu muss die gewerkschaftliche Bildungsarbeit bereit sein, neue Wege zu gehen und
- 14 auch Fragen zu stellen, die zunächst unbequem erscheinen.
- 15 Dafür ist es nötig, zum einen die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, zu erhalten
- 16 und auszubauen. Insbesondere das Bildungszeitgesetz, das sich immer wieder Eingriffen
- 17 durch die Landesregierung ausgesetzt sieht, muss mindestens erhalten bleiben. Der
- 18 DGB, seine Einzelgewerkschaften und befreundete Organisationen setzen sich dafür ein,
- 19 dieses weiterzuentwickeln und die Hürden für Arbeitnehmer*innen abzubauen.
- 20 Außerdem sollten die gewerkschaftlichen Tarifkommissionen jeweils prüfen,
- 21 Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung der Beschäftigten im Sinne der
- 22 fortschreitenden Transformation und Digitalisierung tariflich zu regeln.
- 23 Hierbei kann der DGB seine Einzelgewerkschaften dahingehend unterstützen, damit die
- 24 Teilnahme für Arbeitnehmer*innen möglichst attraktiv bleibt.
- 25 Hierbei soll das digitale Angebot das Präsenzangebot ergänzen.
- 26 Neben der Wissensvermittlung ist das Ziel unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit
- 27 Wertevermittlung. Wir wollen Multiplikator*innen ausbilden, die nicht nur in unseren
- 28 Bildungsveranstaltungen über unsere Werte und Ziele sprechen, sondern die diese
- 29 Themen in die Betriebe tragen und dort thematisieren. Dadurch leisten diese
- 30 Multiplikator*innen einen wichtigen Beitrag, überzeugte Mitglieder zu werben. Die

- 31 Bildungsarbeit soll dazu beitragen, die Gewerkschaften in den Betrieben, Verwaltung
32 und Dienstleistungsbereichen in der Region zu stärken und sichtbar zu machen. Dies
33 erfordert eine transparente und strategische Bildungsplanung, die auch neue
34 Zielgruppen in den Blick nimmt und die Beschäftigten und unsere Mitglieder auf neue
35 Herausforderungen, die z. B. durch die fortschreitende Transformation auf uns
36 zukommen, vorbereitet. Dazu muss der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ein
37 entsprechender Stellenwert in der täglichen Arbeit eingeräumt werden.

Antrag A009: Mitbestimmung als Thema in den Schulen

Laufende Nummer: 80

Antragsteller*in:	SV Karlsruhe (DGB BW · Nr. 136)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	3. Gewerkschaftsarbeit in SV/KV

- 1 1) Die DGB-Jugend wird damit beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, bspw. ein
- 2 Planspiel, welches den Schüler*innen ab Klasse 8 an allgemeinbildende Schulen
- 3 spielerisch die Praxis der Demokratie im Allgemeinen und der betrieblichen
- 4 Mitbestimmung im Besonderen nahe bringt.
- 5 2) Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg setzt sich gegenüber der Landespolitik dafür ein,
- 6 dass dieses Planspiel die vielfältigen Angebote verschiedener Wirtschaftsverbände für
- 7 das Schulfach Wirtschaft ergänzt.
- 8 3) Die DGB-Jugend bildet Teamende aus, die anschließend für die Organisation und
- 9 Durchführung des Planspiels verantwortlich sind.

Antrag A010: Repräsentation des DGB an Hochschulen

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	IG-BCE Landesbezirk Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 210)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	3. Gewerkschaftsarbeit in SV/KV

- 1 Die Präsenz des DGB und seiner Gewerkschaften an Hochschulen und Universitäten und
- 2 duale Hochschule soll gestärkt werden. Dafür soll eine enge Kooperation diesbezüglich
- 3 des DGB mit den Mitgliedsgewerkschaften angestrebt werden. Unter anderem sollen
- 4 Veranstaltungen entwickelt und Absprachen mit Hochschulen getroffen werden, die
- 5 Teilnahme an diesen Veranstaltungen mit ECTS Punkte zu vergüten. Dabei soll der DGB
- 6 in Verbindung mit seinen Einzelgewerkschaften in für uns relevanten Studiengängen
- 7 durch Teamende vertreten sein.
- 8 Zudem sollen die Angebote in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit attraktiver für
- 9 Studierende gestaltet werden. Unter anderem sollten Seminare angeboten werden, die
- 10 auf den Bedarf der Studierenden abgestimmt sind.
- 11 So können sich die DGB-Gewerkschaften als sehr attraktiv für junge Studierende
- 12 darstellen, indem sie als Vermittler zwischen Studierenden und Unternehmen zur
- 13 Unterstützung bei der Jobsuche dient. Die Umsetzung eines solchen Angebots fordern
- 14 wir den DGB auf zu prüfen.

Antrag A011: DGB-Gewerkschaften gegen Rassismus und Diskriminierung: Unterstützung der „Respekt“-Schilderaktion

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	KV Boeblingen (DGB BW · Nr. 156)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	3. Gewerkschaftsarbeit in SV/KV

- 1 Der DGB wird aufgefordert, die bereits angelaufene und sehr erfolgreiche „Respekt“-
- 2 Schilderaktion der IG Metall weiterhin zu unterstützen und diese durch weitere
- 3 Projekte in Betrieben, Behörden und Schulen auf eine breitere Basis zu stellen. Die
- 4 betreffenden Einzelgewerkschaften werden zur Unterstützung aufgefordert. Mögliche
- 5 Projekte könnten sein:
- 6 • T-Shirt- Verkauf mit Aufdruck „Schule gegen Rassismus“¹
- 7 • Lauf gegen Intoleranz – Lauf für Vielfalt²
- 8 • Aktionswochen gegen Rassismus und Diskriminierung 15.-28.März 2022
- 9 (Kunstprojekte an Schulen, Workshops, Theaterwerkstatt, Social Media Präsenz)³

Antrag A012: Geschlecht

Laufende Nummer: 74

Antragsteller*in:	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Landesverband Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 212)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	2. Personengruppen im DGB

- 1 Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, auf eine binäre Zuordnung
- 2 (binär: eine rein auf das weibliche und männliche Geschlecht bezogene Einteilung) wie
- 3 „Frauen“ oder „Männer“ wann immer möglich zu verzichten.
- 4 Dort, wo eine solche Einteilung vonnöten ist, muss es selbstbestimmte Alternativen
- 5 unabhängig vom Personenstand geben. Auch bei Quotenregelungen müssen Menschen
- 6 außerhalb der binären Zuordnung angemessen berücksichtigt werden.

Antrag A013: Drittes Geschlecht im DGB und den Mitgliedsgewerkschaften

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	DGB Jugend Baden Württemberg (DGB BW · Nr. 220)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	2. Personengruppen im DGB

- 1 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich deshalb auf Bundesebene und gegenüber den
- 2 Mitgliedsgewerkschaften dafür ein, in der Mitgliederstatistik zukünftig das dritte
- 3 Geschlecht („divers“) zu erfassen und damit auf eine rein binäre Erfassung zu
- 4 verzichten. Dies soll unabhängig vom Geschlechtseintrag und damit selbstbestimmt
- 5 stattfinden.

Antrag A014: Demokratie

Laufende Nummer: 55

Antragsteller*in:	KV Ortenau (DGB BW · Nr. 163)
Status:	angenommen als Material an Bezirksvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an Bezirksvorstand
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	3. Gewerkschaftsarbeit in SV/KV

- 1 Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg stärkt die Demokratie durch eine Demokratiekampagne

Antrag A015: Material BR Wahl in osteuropäischen Sprachen

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	Stadt- und Kreisverband Heilbronn (DGB BW · Nr. 157)
Status:	angenommen als Material an Bezirksvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an Bezirksvorstand
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	3. Gewerkschaftsarbeit in SV/KV

- 1 Der DGB stellt Materialien zur Betriebsratswahl (insbesondere Informationen zur
- 2 Aufgabe von Betriebsräten und Gewerkschaften) künftig gezielt in den Osteuropäischen
- 3 Sprachen der Länder, aus welchen Menschen nach Deutschland zuwandern, bzw. als FAQ
- 4 im Internet (z.B: auf der Homepage des DGB) in den entsprechenden Sprachen bereit.

5

Antrag A016: Konzeption BR Wahlen mit Blick auf Migrant*innen

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in:	Stadt- und Kreisverband Heilbronn (DGB BW · Nr. 157)
Status:	angenommen als Material an Bezirksvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an Bezirksvorstand
Sachgebiet:	A - Starker DGB
Antragsblock:	3. Gewerkschaftsarbeit in SV/KV

- 1 Der DGB erarbeitet ein Konzept für die kommenden Betriebsratswahlen mit Blick auf
- 2 Migrantinnen und Migranten.

Antrag B001: Für eine arbeitnehmer*innen-orientierte Politik im Land

Laufende Nummer: 63

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand (DGB BW · Nr. 200)		
Status:	angenommen		
Empfehlung der ABK:	Annahme		
Sachgebiet:	B - Landespolitik		
Antragsblock:	5. Leitantrag B Für eine arbeitnehmer*innen-orientierte Politik im Land		
Abstimmung über Antragsblock 5	Ja:	(94.048 %)	79
	Nein:	(5.952 %)	5
	Enthaltung:		6
	Eingegangene Stimmen:		90

1 Für eine arbeitnehmer*innen-orientierte Politik im Land

Baden-Württemberg befindet sich in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchsituation, die der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften als sozial-ökologische Transformation aktiv mitgestalten wollen. Erforderlich ist eine Landespolitik, die den Gestaltungsauftrag annimmt und gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren Ziele definiert und Maßnahmen zu deren Erreichen ergreift. Der DGB Baden-Württemberg bietet der Landesregierung eine konstruktive Zusammenarbeit an, damit gute Arbeit und Demokratie in den Betrieben zu Kennzeichen des Wandels in Baden-Württemberg werden.

„Wirtschaftliche Stärke“ ist für den DGB Baden-Württemberg dabei kein Selbstzweck – zentral sind Fragen der Verteilung, die Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten sowie ihre ökologische Tragfähigkeit. Die Aufgabe der Landespolitik ist es, den ökologischen Umbau der Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen als gleichberechtigte Ziele zu verfolgen. Der DGB Baden-Württemberg sieht zahlreiche Handlungsfelder und formuliert konkrete Anforderungen an die Landesregierung.

17

1. Zukunftsinvestitionen statt Schuldenbremse

Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur sind unmittelbare Voraussetzungen für ein gutes Leben in Baden-Württemberg: von der Ausstattung der Schulen über die Arbeitsbedingungen von Kranken*pflegerinnen und Polizist*innen bis hin zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs bedarf es an vielen Stellen des Engagements des Landes. In einem reichen Land wie Baden-Württemberg muss eine bedarfsgerechte Ausstattung der öffentlichen Infrastruktur für alle Einwohner*innen möglich sein.

Hinzu kommen die Anforderungen an die Gestaltung der sozial-ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation, die sich nicht durch das

27 freie Spiel der Kräfte regulieren. Vielmehr bedarf es eines aktiven und
28 handlungsfähigen Baden-Württembergs:
29 der Ausbau der erneuerbaren Energien und der dafür erforderlichen Infrastrukturen und
30 die Finanzierung der Verkehrswende werden wesentlich darüber entscheiden, ob die
31 sozial-ökologische Transformation gelingt und Arbeitsplätze im Land gehalten werden
32 können. Erfolg und Akzeptanz der Klimaschutzpolitik hängen wesentlich davon ab, ob
33 die Transformationskosten gerecht geschultert werden. Die Politik muss Sorge dafür
34 tragen, dass die Menschen bei den Energie- und Heizkosten entlastet werden, ohne
35 ambitionierte Klimaschutzziele aufzugeben.

36

37 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 38 • gezielte Zukunftsinvestitionen zu tätigen, die die öffentliche Daseinsvorsorge
39 stärken und dazu beitragen, das Land zum Leitmarkt und –Anbieter für
40 zukunftsfähige Produkte zu machen, und konkrete Investitionspläne zu entwickeln,
- 41 • die Abkehr von der Schuldenbremse bzw. die Ermöglichung von Investitionen durch
42 Einführung der „goldenen Regel“ für öffentliche Investitionen und öffentlich-
43 öffentliche Partnerschaften,
- 44 • Sich für eine sozial gerechte Finanzierung der Transformation einzusetzen und
45 insbesondere bei den Energiekosten steuerfinanzierte Konzepte umzusetzen, statt
46 Haushalte mit niedrige Einkommen überproportional zu belasten.

47 **2. Ein attraktiver öffentlicher Dienst für einen handlungsfähigen Staat**

48 In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes stellt das Personal die
49 Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors sicher. Beschäftigte leisten jeden Tag
50 hervorragende Arbeit auch unter schwierigen Rahmenbedingungen und sind ein wichtiger
51 Anker für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land.

52 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 53 • eine Personalentwicklungsplanung bis zum Jahr 2030,
- 54 • mehr Selbstbestimmung der Beschäftigten bei der Arbeitszeitgestaltung, die in
55 jedem Fall der Beschäftigten zu Gute kommen muss,
- 56 • das überfällige Ende der 41-Stunden-Woche für die Beamt*innen,
- 57 • eine deutliche Aufwertung des Gesundheitsmanagements,
- 58 • weitere Anreize für Quereinsteigende im öffentlichen Dienst,
- 59 • mehr Mitbestimmungsrechte im LPVG,
- 60 • eine faire Dienstpostenbewertung für die Polizei auf Grundlage der analytischen
61 Bewertung nach KGSt.

62

63 **3. Eine gute Schule für alle**

64 Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie besonders gelitten. Es bedarf mehr

65 Personal, um die entstandenen Lernrückstände aufzufangen.

66 Die Gewerkschaften fordern eine „gute Schule für alle“ als Leitbild für eine
67 nachhaltige Schulreform. Wir fordern eine Schule, die gleiche Bildungschancen für
68 alle Kinder sicherstellt, bei der die individuelle Förderung im Fokus steht und in
69 der Schüler*innen aus materiell und sozial benachteiligten Familien, aus
70 bildungsfernen Familien sowie Kinder mit besonderem Förderbedarf unabhängig von ihren
71 individuellen Voraussetzungen, eine gute Bildung und einen Schulabschluss bekommen.

72 Der Lehrer*innenmangel an den Schulen in Baden-Württemberg stellt das Bildungswesen
73 schon jetzt vor große Herausforderungen. Attraktive Gehälter sind ein wichtiger
74 Faktor, damit sich die jungen Menschen für den Beruf der Lehrer*in entscheiden. Die
75 gleiche Bezahlung von gleichwertiger Arbeit der Lehrkräfte an unterschiedlichen
76 Schulstufen und -formen ist überfällig.

77 Immer noch verlassen zu viele junge Menschen die Schule ohne Schulabschluss. Dies
78 schränkt die beruflichen Perspektiven der Betroffenen immens ein und für viele von
79 ihnen bleibt der Ausbildungsmarkt versperrt. Im Interesse der Schulabgänger*innen,
80 aber auch der Gesellschaft und des Wirtschaftsstandortes, müssen alle Anstrengungen
81 unternommen werden, damit möglichst viele junge Menschen einen (guten) Schulabschluss
82 erreichen können. Neben dem Ausbau der Ganztagsangebote muss daher auch die
83 Schulsozialarbeit besser ausgebaut werden.

84 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 85 • in der sozialindexbasierten Ressourcenverteilung braucht es 100 Prozent
86 Ressourcen für alle Schulen und zusätzliche Ressourcen für Schulen mit
87 besonderen Bedarfen,
- 88 • eine umfassende Schulreform, die auch den Ausbau von Ganztagschulen und
89 passende Rahmenbedingungen für gelingende Inklusion umfasst,
- 90 • eine Einstellungsoffensive für mehr Personal für alle Schularten,
- 91 • zusätzliche Studienplätze für Grundschulen und Sonderpädagogik,
- 92 • die Verlängerung des Grundschulstudiums auf 10 Semester,
- 93 • Lehrer*innen in den Sommerferien nicht in die Arbeitslosigkeit zu schicken,
- 94 • eine massive Beschleunigung der Digitalisierung an Schulen durch finanzielle,
95 personelle und infrastrukturelle Förderung,
- 96 • eine einheitliche Besoldung der Lehrkräfte in der Sekundarstufe 1 und der
97 Primarstufenlehrkräfte nach A13/EG13.

98

99 **4. Auf den Anfang kommt es an**

100 Bildung ist ein Menschenrecht und dieses Recht gilt entlang der gesamten
101 Bildungskette, von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Ausbildung und dem Studium.
102 Es ist an der Zeit, dass der Zugang zu frühkindliche Bildung kostenlos wird. Denn
103 Kinder, die hieran nicht teilhaben können, haben schon in frühen Jahre einen massiven

104 Nachteil. Der Wegfall von Kita-Gebühren würde einen erheblichen Beitrag zu
105 Bildungsgerechtigkeit herstellen. Aktuell ist die Gebührenordnung zwischen den
106 Kommunen uneinheitlich. Wir wollen gleiche Chancen für Lebensverhältnisse, unabhängig
107 vom Standort.

108 Gebührenfreiheit, Qualität und der Ausbau der Kitaplatzangebote sind für den DGB ein
109 Dreiklang, in dem keiner der Faktoren gegen einen andere ausgespielt werden darf.

110 Die Arbeit in den Kitas muss wieder attraktiv werden. Statt immer mehr verkürzt
111 ausgebildetes Personal braucht es höher qualifiziertes Personal in den Kitas und
112 Studienkapazitäten an den Hochschulen. Es braucht eine Ausbildungs- und
113 Qualifizierungsoffensive für Erzieher*innen und Pädagog*innen der frühen Kindheit,
114 denn „auf den Anfang kommt es an“.

115

116 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 117 • Gebührenfreiheit für frühkindliche Bildung und Übernahme der Kosten durch das
118 Land,
- 119 • eine Ausbildungsoffensive und die Erhöhung von Studienkapazitäten im Bereich
120 frühkindlicher Bildung,
- 121 • die Honorierung dieser Berufe durch entsprechend höhere Eingruppierung,
- 122 • die Anrechnung der mittelbaren pädagogischen Arbeitszeit (Vor- und
123 Nachbereitung,
- 124 Elterngespräche, Teambesprechungen, etc. müssen einberechnet werden),
- 125 • Vertretungskapazität für Fortbildung, Urlaub und Krankheit,
- 126 • mehr Zeit für Leitungsaufgaben,
- 127 • den dringend erforderlichen Ausbau der Kita-Plätze.

128

129 **5. Industrie und Dienstleistungen stärken - Transformation gestalten**

130 Die Energie- und Mobilitätswende sowie die Digitalisierung von Produkten und
131 Prozessen werden unsere Wirtschaft stark verändern. Unser Anspruch ist es dabei, dass
132 alle Beschäftigten bei der Transformation mitgenommen werden im Sinne sicherer
133 Arbeit, guter Einkommen und demokratischer Beteiligung. Die Gestaltung dieser
134 Transformation muss sich daran orientieren, dass sie gerecht abläuft und die
135 Beschäftigten mitgestalten können. Die Sicherung unserer Lebensgrundlagen und der
136 Erhalt von Wohlstand und Beschäftigung sind kein Gegensatz.

137 Der Landesregierung kommt dabei eine zentrale Rolle zu: Sie muss mit einer gezielten
138 Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik den Wandel unterstützen und eine
139 aktive Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik vorantreiben.

140 Mit den Transformationsprozessen in der Arbeitswelt, ändern sich auch die
141 herkömmlichen Berufsbilder. Insbesondere digitale Prozesse prägen diesen Wandel.

142 Zusammen mit den Sozialpartnern muss die Landesregierung die Anforderungen an
143 Kompetenzen und Fähigkeiten ermitteln und dafür Sorge tragen, dass Aus- und
144 Weiterbildung sich an diesen „Future Skills“ orientiert und entsprechend gestaltet
145 werden. Die Ausbildungskapazität in Baden-Württemberg muss ausgebaut werden um jungen
146 Menschen einen Ausbildungsplatz zu garantieren, ihnen einen guten Start ins
147 Berufsleben zu ermöglichen und um den Fachkräftebedarf des Wirtschaftsstandortes zu
148 sichern.

149 Gegenüber den ansässigen Unternehmen muss die Landesregierung die klare Erwartung
150 formulieren, den Technikwandel nicht für eine Verlagerung in Niedriglohnländer zu
151 missbrauchen und Unternehmen zu Investitionen in Baden-Württemberg auffordern.
152 Wichtige Akteure aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik muss sie zusammenbringen
153 und eine ehrgeizige Roadmap für das Land entwickeln, die sich am Green Deal der EU
154 orientiert.

155 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 156 • die Zielsetzung einer gerechten Gestaltung der sozial-ökologischen
157 Transformation und eine aktive Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik,
- 158 • die Ausweitung öffentlicher und die Förderung privater Investitionen in
159 innovative Transformationsprojekte (bspw. zum Aufbau einer Wasserstoff-
160 Wirtschaft, nachhaltige Mobilität),
- 161 • die flächendeckende Einrichtung von Transformationsbeiräten für den regionalen
162 Strukturwandel,
- 163 • die Schaffung eines Transformationsfonds,
- 164 • den Ausbau einer nachhaltigen Energie-, Verkehrs- und digitalen Infrastruktur,
- 165 • die Entwicklung von Förderprogrammen zur Qualifizierung von Beschäftigten,
- 166 • die Umsetzung der Ausbildungsgarantie
- 167 • effektive Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Aus- und Weiterbildung
- 168 • die Koordination von Digitalisierung und Modernisierung der Ausbildungsinhalte
- 169 • die Förderung zukunftsfähiger, tarifgebundener und mitbestimmter Arbeitsplätze,
- 170 • die Weiterentwicklung zu einer nachhaltigen Agrar- und Lebensmittelpolitik, die
171 Klima- und Umweltschutz ebenso im Blick hat wie Gute Arbeit in der
172 Lebensmittelproduktion/Landwirtschaft.

173

174 **6. Tarifbindung und Mitbestimmung stärken**

175 Tarifverträge und Betriebs- und Personalräte verbessern die Arbeitsbedingungen der
176 Beschäftigten deutlich: Vom Entgelt über die Arbeitszeit und
177 Qualifikationsansprüchen bis hin zur Altersvorsorge und betrieblichen
178 Zukunftsvereinbarungen gestalten Tarifverträge die Arbeitswelt und schützen
179 Beschäftigte vor Ausbeutung und Diskriminierung. Betriebsräte, Personalräte, SBVen
180 und JAVen sorgen für die Einhaltung und Umsetzung im Interesse der Beschäftigten.

181 Davon profitiert die gesamte Gesellschaft: Tarifeinkommen erhöhen Steuereinnahmen und
182 Sozialversicherungsbeiträge und stärken die Kaufkraft.

183 In Baden-Württemberg geht die Tarifbindung aufgrund von Tarifflicht von Arbeitgebern,
184 Outsourcing und Strukturwandel kontinuierlich zurück. Diese Entwicklung muss
185 umgekehrt werden. Gerade in Branchen mit niedriger Tarifbindung können dies die
186 Gewerkschaften nicht alleine stemmen. Die Landespolitik kann sie mit zahlreichen
187 Instrumenten wirksam unterstützen.

188 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 189 • die zeitnahe Weiterentwicklung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes,
190 insbesondere die Senkung des Schwellenwerts für öffentliche Vergaben sowie die
191 Knüpfung des Vergabemindestlohns an die unterste Entgeltgruppe TVL (Tarifvertrag
192 der Länder) sowie die Sicherstellung von flächendeckenden wirksamen Kontrollen,
- 193 • öffentliche Vergaben ausschließlich an Bieter*innen zu vergeben, die
194 garantieren, einen Tarifvertrag anzuwenden,
- 195 • die Höhe der Strafzahlungen nach dem Gesetz so zu festzulegen, dass sie die Höhe
196 der Kosteneinsparungen durch den Rechtsbruch sicher übersteigen,
- 197 • Förderinstrumente um soziale und ökologische Kriterien wie Tariftreue,
198 Mitbestimmung und Nachhaltigkeit zu erweitern. Ohne Tarifvertrag, ohne
199 Betriebsrat keine Fördergelder aus Steuereinnahmen bzw. deutliche Abschläge der
200 Fördersummen,
- 201 • Stärkung der Tarifbindung durch flankierende Maßnahmen zur Steigerung der
202 Attraktivität von Tarifverträgen und Anreize für Unternehmen und Beschäftigte
203 für einen Verbands- bzw. Gewerkschaftsbeitritt gesetzt werden,
- 204 • sich für eine Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen einzusetzen
205 und die Möglichkeiten auf Landesebene auszuschöpfen,
- 206 • die Einrichtung einer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft gegen Union-Busting,
- 207 • den aktiven Einsatz für digitale Zugangsrechte für Gewerkschaften in den
208 Betrieben.

209

210 **7. Gesundheitsversorgung krisenfest machen und Arbeitsschutz ausbauen**

211 Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung von Gesundheit eindrücklich unterstrichen.
212 Beschäftigte sind als Bürger*innen, als Pflegende und Versorgende und auch in jeder
213 Branche am Arbeitsplatz betroffen. Eine gute Gesundheitspolitik für die Menschen muss
214 deshalb alle Dimensionen umfassen.

215 Bedingung für ein stabiles und leistungsfähiges Gesundheitswesen sind
216 sektorübergreifende Ansätze zur Überwindung des Silodenkens im Gesundheitswesen. Der
217 DGB umfasst alle Bereiche der Gesundheitsversorgung von den
218 Gesundheitsdienstleistungen bis zur Entwicklung von und Versorgung mit Medikamenten
219 und Impfstoffen. Die Pandemie hat auch offengelegt, wie störanfällig die Versorgung

220 der Menschen im Land mit Medikamenten durch internationale Lieferketten
221 beispielsweise im Bereich der Antibiotikaversorgung ist.

222 Gleichzeitig hat die Pandemie das große Potenzial der Biotechnologie gezeigt: Die
223 mRNA-Technologie birgt enorme Chancen nicht nur zur Bekämpfung von Virus-Infektionen,
224 sondern könnte eines Tages der Schlüssel sein zur Behandlung großer Volkskrankheiten
225 wie Krebs und Alzheimer. Voraussetzung ist allerdings, dass wir mehr öffentliches und
226 privates Kapital in die Forschung und Entwicklung investieren, vor allem im Bereich
227 Venture Capital. Zur Sicherstellung der Versorgungsqualität insbesondere in der
228 Fläche bzw. im ländlichen Raum, zur Herstellung besserer Arbeitsbedingungen und zur
229 Minderung des Privatisierungsdrucks sind erheblich höhere Krankenhausinvestitionen
230 des Landes Baden-Württemberg erforderlich.

231 Die Errichtung einer Pflegekammer, die mit Zwangsmitgliedschaft und Zwangsgebühren
232 von den abhängig Beschäftigten finanziert werden soll, lehnen wir ab, weil sie weder
233 einen Beitrag zur Verbesserung der Versorgung noch der Arbeitsbedingungen in der
234 Pflege leisten würde. Dazu müssen stattdessen höhere öffentliche Mittel, die Stärkung
235 der Aus- und Weiterbildung und mehr Tarifbindung beitragen.

236 Zur Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den Betrieben und der Beratung
237 insbesondere von Betriebs- und Personalräten muss die staatliche Gewerbeaufsicht
238 personell deutlich ausgebaut werden.

239

240 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 241 • eine deutliche, bedarfsgerechte Erhöhung der Krankenhausinvestitionen,
- 242 • Sich dafür einzusetzen, dass die gesamte Wertschöpfungskette über Forschung und
243 Entwicklung über Produktion bis hin zu Vertrieb im Land vertreten ist und die
244 hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. ihren politischen
245 Einfluss auch auf der Bundesebene dafür geltend zu machen
- 246 • den Verzicht auf Einrichtung einer Pflegekammer in Baden-Württemberg,
- 247 • einen massiven Ausbau des Personals in der staatlichen Gewerbeaufsicht.

248

249 **8. Gleichstellung fördern**

250 Die Änderung des Landtagswahlrechts ist längst überfällig, aber nicht ausreichend.
251 Die Landesregierung soll sich aktiv für eine gleichberechtigte Repräsentanz in der
252 Politik einsetzen und dazu ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen.

253 Die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen
254 gesellschaftlichen Bereichen muss ein zentrales Anliegen aller demokratischen Kräfte
255 im Land sein. Die Corona-Pandemie hat die bestehenden strukturellen Ungleichheiten
256 wieder in die öffentliche Diskussion getragen.

257 Die Landesregierung muss dazu beitragen, dass Frauen nicht die Verliererinnen der
258 Pandemie bleiben. Sie muss eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorgearbeit und

259 Erwerbsarbeit zum Ziel setzen und mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen fördern.

260 Ein wichtiges Element für die bessere Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf ist die
261 Kinderbetreuung. Gebührenfreiheit, ausreichend Betreuungsplätze und gute
262 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten steigern die Qualität der Betreuungsangebote
263 und sorgen für mehr Geschlechtergerechtigkeit.

264 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 265 • eine gleichberechtigte Repräsentanz in der Politik auf allen Ebenen
- 266 • die zügige Einführung einer Gleichstellungsstrategie, die einen Aktionsplan,
267 einen Gleichstellungsbericht und Maßnahmen des Gender-Budgeting umfasst,
- 268 • die Kinderbetreuung den Erfordernissen einer modernen gleichstellungsgerechten
269 Arbeitsteilung anzupassen und deshalb quantitativ und qualitativ auszubauen.

270

271 **9. Wohnen muss leistbar und lebenswert sein**

272 In jeder Region in Baden-Württemberg ist Wohnraum in den vergangenen Jahrzehnten knapp
273 und vor allem deutlich teurer geworden. Die Angebotsmieten in baden-württembergischen
274 Städten sind in vielen Ranglisten regelmäßig auf den vorderen Plätzen zu finden. Sie
275 steigen schneller als die Einkommen, weswegen es auch für viele Beschäftigte mit
276 durchschnittlichem Einkommen schwierig wird, eine neue leistbare Wohnung zu finden.
277 Wer auf geförderte Wohnungen angewiesen ist, steht vor noch größeren
278 Herausforderungen: Der Bestand an geförderten Wohnungen hat sich seit 2002 mit damals
279 rund 137.000 Wohnungen auf 51.489 Wohnungen im Jahr 2020 mehr als halbiert. Diese
280 Situation spaltet unsere Gesellschaft in diejenigen, die sich Wohnraum in der Stadt,
281 bzw. in Arbeitsortnähe leisten können, und diejenigen, die an den Rand gedrängt in
282 zu kleinen Wohnungen oder fernab des Arbeitsortes wohnen.

283 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 284 • dafür zu sorgen, dass 10.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Um dieses Ziel
285 erreichen zu können, ist die Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft (LEG)
286 notwendig,
- 287 • eine Verschärfung sämtlicher Instrumente des Mietrechts wie das
288 Zweckentfremdungsverbot, die Mietpreisbremse, Kündigungssperrfrist und die
289 Kappungsgrenze,
- 290 • sich auf Bundesebene für einen sechsjährigen Mietenstopp einzusetzen,
- 291 • die Erarbeitung konkreter Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse im Rahmen des
292 Strategiedialogs „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“, in den die
293 Gewerkschaften neben fachlicher Expertise stets auch die Repräsentation der
294 Interessen der Beschäftigten einbringen werden.

295

296 **10. Kommunen stärken**

297 Politische Entscheidungen über Sanierungen von öffentlichen Gebäuden,

298 Schwimmbadpreise, Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten und Vorgaben bei der
299 Bebauung, Unterstützung von Vereinen und vieles mehr, was für unser
300 gesellschaftliches Zusammenleben wichtig ist, werden in den Kommunen getroffen.

301 Sie müssen in der Lage sein, über die Pflichtaufgaben hinaus Investitionen in
302 Infrastruktur und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge zu tätigen. Doch seit Jahren
303 steigt der kommunale Investitionsrückstand der Kommunen an. Er betrug bundesweit 2020
304 rund 149 Milliarden Euro. Durch die Corona-Pandemie sind die kommunalen Haushalte
305 zusätzlich in eine finanzielle Schieflage geraten. Um Haushaltssperren, Kürzungen bei
306 Angeboten, Aufschieben von Investitionen oder Einsparungen beim Personal zu
307 vermeiden, müssen die Kommunalfinanzen auf ein stärkeres Fundament gestellt werden.

308 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 309 • die Kompensation der kommunalen pandemiebedingten Einnahmeausfälle,
- 310 • Konjunkturpakete und Förderprogramme gezielt auf Kommunen zuzuschneiden und
311 dabei auf die oftmals überfordernde Kofinanzierung zu verzichten,
- 312 • die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt“) bei
313 der Übertragung von Aufgaben an die Kommunen durch das Land (insbesondere bei
314 kommunalen Ausgaben nach den Bundessozialgesetzen),
- 315 • die strukturelle Verbesserung der Finanzierung der Kommunen sowie die
316 Entkopplung von konjunkturellen Entwicklungen,
- 317 • die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer,
- 318 • eine Abkehr von der Schuldenbremse, damit Investitionen auch in Zukunft möglich
319 sind, das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land erreichbar ist
320 und mehr Personal für die öffentliche Daseinsvorsorge eingestellt werden kann,
- 321 • ein engagiertes Eintreten für die auskömmliche kommunale Finanzausstattung im
322 Bundesrat.

323

324 **11. Mobilitätswende nachhaltig gestalten**

325 Beschäftigte haben Anforderungen an ein gutes Mobilitätskonzept, das zugleich einen
326 Beitrag zur Einhaltung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor leistet. Pendler*innen
327 erwarten, dass sie zuverlässig, stau- und stressfrei an den Arbeitsort kommen. Wer
328 heute mit dem Pkw zur Arbeit pendelt, wird für den Umstieg auf die Angebote des
329 Umweltverbunds nur gewonnen werden können, wenn andere Angebote verfügbar und
330 bezahlbar sind. Der öffentliche Verkehr der Zukunft muss diesen Anforderungen gerecht
331 werden. Die Finanzierung des Ausbaus muss sozial gerecht erfolgen, Mehrbelastungen,
332 die niedrigere Einkommen verhältnismäßig mehr belasten als höhere Einkommen, sind der
333 falsche Weg. Der notwendige umfangreiche Ausbau des öffentlichen Verkehrs wird weder
334 allein von den Kommunen noch ohne Steuermittel zu bewerkstelligen sein.

335 Bei der Mobilitätswende müssen die Interessen der Beschäftigten in der
336 Automobilindustrie mitbetrachtet werden. Um Akzeptanz für eine neue Mobilitätskultur

337 zu erreichen, muss zu-gleich der Weg in die Transformation der Automobilindustrie
338 gemeinsam mit Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften beschritten werden.
339 Zugleich muss der öffentliche Verkehr zu einer Branche der Guten Arbeit werden. Das
340 für die Umsetzung der Mobilitätswende benötigte Personal bei Bus und Bahn ist nur zu
341 finden und zu halten, wenn gute Arbeitsbedingungen und angemessene Vergütungen,
342 Tarifverträge, Mitbestimmung sowie Vereinbarkeit von Leben und Beruf die Regel sind.
343 Nur dann können die Angebote ausgebaut und Taktverdichtungen erreicht sowie
344 Fahrgastzahlen bis 2030 verdoppelt werden.

345

346 **Der DGB Baden-Württemberg erwartet von der Landesregierung:**

- 347 • Tarifbindung zu einem verbindlichen Kriterium bei Vergaben von
348 Verkehrsleistungen zu machen, und selbst sicherzustellen, dass sie
349 flächendeckend wirksam kontrolliert und durchgesetzt wird.
- 350 • Beschäftigte bei einem Betreiberwechsel durch eine Übernahmegarantie vor dem
351 Verlust des Arbeitsplatzes und vor einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen
352 und Einkommenseinbußen zu schützen.
- 353 • Arbeitsrechtliche Standards, die die Attraktivität des Arbeitsplatzes ÖPNV
354 sicherstellen, zur Bedingung für die Zuweisung jedweder Mittel durch das Land zu
355 machen.
- 356 • Mindestens eine Milliarde Euro in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu
357 investieren.
- 358 • Das Land muss Erhalt und Ausbau von Qualität und Ausmaß des ÖPNV durch
359 dauerhafte Unterstützung der Kommunen aus dem eigenen Haushalt - auch bei der
360 Finanzierung des ÖPNV-Betriebes - gewährleisten. Zusätzliche
361 Finanzierungsmodelle, wie der Mobilitätspass, müssen sozialverträglich gestaltet
362 werden.

363

Antrag B002: Stärkung der Bildungsinfrastruktur in der Fläche

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	DGB Jugend Baden Württemberg (DGB BW · Nr. 220)
Status:	angenommen als Material zu Antrag B001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag B001
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	5. Leitantrag B Für eine arbeitnehmer*innen-orientierte Politik im Land

- 1 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich auf Landesebene dafür ein, die
- 2 Bildungsinfrastruktur in der Fläche zu stärken und regionale Bildungsangebote zu
- 3 erhalten. Zur Bildung zählen alle Formen erziehenden oder lehrenden Unterrichts, wie
- 4 zum Beispiel KiTas, Grundschulen, allgemeinbildende Schulen, weiterführende
- 5 Schulen/Berufsschulen, etc.. Doch nicht nur die Schultypen an sich müssen vorhanden
- 6 sein, ihre Gebäude müssen intakt sein und intakt gehalten werden. Sie müssen zum
- 7 Lernen geeignete digitale Infrastruktur sowie qualifiziertes Lehrpersonal vorweisen
- 8 können. Eine Überprüfung der sogenannten „Klassenteiler“ ist anzustreben und somit
- 9 einerseits Schließungsdebatten entgegen zu können, andererseits um das Lehrpersonal
- 10 zu entlasten und den Lehrberuf zu attraktivieren.

Antrag B003: Sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung an Schulen

Laufende Nummer: 54

Antragsteller*in:	KV Mannheim/Rhein-Neckar West (DGB BW · Nr. 150)
Status:	angenommen als Material zu Antrag B001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag B001
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	5. Leitantrag B Für eine arbeitnehmer*innen-orientierte Politik im Land

- 1 **Zu mehr Bildungsgerechtigkeit über sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung - mehr**
- 2 **Unterstützung für „Brennpunktschulen“**
- 3 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich auf Kreis und Landesebene für die Einführung
- 4 einer bedarfs-orientierten Stundenzuweisung, die die außergewöhnlichen
- 5 Herausforderungen von Schulstandorten mit besonderen Aufgaben im Blick hat, ein.
- 6 Die Ressourcenzuteilung für Schulen muss sich verstärkt am Sozialindex der jeweiligen
- 7 Schule und ihrem Einzugsgebiet orientieren, um die nach wie vor gravierenden
- 8 Benachteiligungen von Kindern aus bildungsfernen Haushalten abzumildern. Damit einher
- 9 geht die Forderung nach einer maßgeblichen Verbesserung der Finanzlage sozial
- 10 belasteter Kommunen durch Bund und Länder.

Antrag B004: Ausgleich von Bildungsdefiziten durch die Corona Krise bei Schüler*innen und Auszubildenden

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	IG-BCE Landesbezirk Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 210)
Status:	angenommen als Material zu Antrag B001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag B001
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	5. Leitantrag B Für eine arbeitnehmer*innen-orientierte Politik im Land

- 1 Der DGB Bezirk Baden-Württemberg soll mit seinen verfügbaren Mitteln dafür Sorge
- 2 tragen, dass der durch die Corona Krise bedingte Unterrichtsausfall an den Schulen,
- 3 bei den Schüler*innen und Auszubildenden keine weiteren Bildungsdefizite verursacht
- 4 und dass weder der Schulabschluss oder das Ausbildungsziel gefährdet sind.
- 5 Dies kann auch in Kooperation mit den Einzelgewerkschaften durchgeführt werden.

Antrag B005: Moderne Ausstattung der Berufsschulen in Baden-Württemberg

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	IG-BCE Landesbezirk Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 210)
Status:	angenommen als Material zu Antrag B001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag B001
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	5. Leitantrag B Für eine arbeitnehmer*innen-orientierte Politik im Land

- 1 Der DGB Bezirk Baden-Württemberg wird aufgefordert in Kooperation mit den weiteren
- 2 Einzelgewerkschaften mit all seinen und ihren verfügbaren Mitteln dafür Sorge zu
- 3 tragen, dass in jeder Berufsschule künftig eine moderne und zeitgemäße Ausstattung
- 4 sowohl im Mobiliar, den Lernmethoden, der hausinternen digitalen Infrastruktur (WLAN)
- 5 als auch die elektronischen Endgeräte zur Verfügung gestellt wird.

Antrag B006: Ausbildung im Land stärken – jetzt aktiv werden

Laufende Nummer: 43

Antragsteller*in:	IG-BCE Landesbezirk Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 210)
Status:	angenommen als Material zu Antrag B001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag B001
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	5. Leitantrag B Für eine arbeitnehmer*innen-orientierte Politik im Land

- 1 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich mit seinen Mitgliedsgewerkschaften dafür ein,
- 2 dass die im baden-württembergischen Koalitionsvertrag vereinbarte Ausbildungsgarantie
- 3 zeitnah zum Ausbildungsjahr 2022/2023 in Kraft tritt. Dabei haben wir klare
- 4 inhaltliche Ansprüche: Die betriebliche Ausbildung mit drei oder mehr Jahren ist für
- 5 uns die Ausbildung, die jungen Menschen garantiert werden muss. Nur so können
- 6 Fachkräfte ausgebildet und wachsende Bedarfe auch gedeckt werden. Eine rein
- 7 schulische Ausbildung sehen wir als letztes mögliches Mittel, da Praxiserfahrungen
- 8 unerlässlich sind um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
- 9 Zur Unterstützung der Ausbildungsgarantie und weiterer qualitativer Anforderungen an
- 10 die duale Ausbildung soll der DGB Baden-Württemberg gemeinsam mit seinen
- 11 Mitgliedsgewerkschaften ein Bündnis für Ausbildung unter Einbeziehung von
- 12 Sozialpartnern, der Bundesagentur für Arbeit und weiteren Akteur:innen anstreben.
- 13 Um den Wert einer dualen Ausbildung hervorzuheben wird der DGB aufgefordert, mit
- 14 einer Kampagne, nach Möglichkeit mit der Bundesagentur für Arbeit oder
- 15 Arbeitgeberverbänden, die Schulabgänger:innen und insbesondere auch
- 16 Studieninteressierte anzusprechen. Dabei werden die Vorteile und Möglichkeiten einer
- 17 tarifgebundenen dualen Ausbildung vorgestellt.

Antrag B007: Für eine nachhaltige Strukturreform des Gesundheitswesens

Laufende Nummer: 62

Antragsteller*in:	KV Rems-Murr (DGB BW · Nr. 165)
Status:	angenommen als Material zu Antrag B001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag B001
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	5. Leitantrag B Für eine arbeitnehmer*innen-orientierte Politik im Land

- 1 „Die Bundesregierung und/oder die Landesregierungen werden aufgefordert, zeitnah eine
2 grundlegende und nachhaltige Strukturreform des (stationären) Gesundheitswesens
3 zugunsten der Patienten und Beschäftigten auf den Weg zu bringen.
- 4 Bei Zuständigkeit der Bundesländer setzt sich der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg
5 mit der Landesregierung auseinander!“
- 6 Hierfür sind folgende kurzfristige Maßnahmen gegen den herrschenden Pflegenotstand
7 erforderlich:
- 8 • Die profitorientierten Fallpauschalen (DRG`s) werden durch eine bedarfsgerechte
9 und kostendeckende Krankenhausfinanzierung ersetzt
 - 10 • Der Personalschlüssel in der stationären Pflege muss deutlich erhöht und
11 gesetzlich geregelt werden
 - 12 • Eine angemessene Vergütung und bessere Arbeitsbedingungen auf tariflicher Basis
13 sind dringend erforderlich. Die Corona-Krise darf nicht auf dem Rücken des
14 Krankenhauspersonals ausgetragen werden
 - 15 • Die Bundesländer müssen ihrer gesetzlich geregelten Finanzierungspflicht von
16 notwendigen Klinikinvestitionen nachkommen (zuständig Bundesländer). Der DGB-
17 Landesbezirk Baden-Württemberg muss handeln
 - 18 • Die Fortsetzung der Schließung von „unrentablen“ (nach neoliberalen
19 Marktgesichtspunkten) kommunalen Kliniken muss verhindert werden (zuständig
20 Kommunen/Landkreise). Der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg muss verhindern,
21 dass die Landesregierung vorrangig Standortschließungen und somit den
22 Bettenabbau fördert
 - 23 • Die weitere Privatisierung kommunaler Kliniken muss unverzüglich gestoppt werden
24 (zuständig Kommunen und Landkreise). Der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg muss
25 den politischen Widerstand der DGB-Gewerkschaften vor Ort aktiv unterstützen und
26 bei der Landesregierung eine Positionierung gegen Privatisierung erwirken
 - 27 • Privatisierte Kliniken müssen in die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgeführt
28 werden (über ein Bundesgesetz). Rechtliche Möglichkeiten sind vorhanden

- 29 • Die Pflichtmitgliedschaft von Pflegekräften in sog. Pflegekammern muss
30 verhindert werden (zuständig Bund und Bundesländer)

Antrag B008: Wohnen muss leistbar und lebenswert sein

Laufende Nummer: 70

Antragsteller*in:	IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Regionalbüro Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 211)		
Status:	angenommen		
Empfehlung der ABK:	Annahme		
Sachgebiet:	B - Landespolitik		
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung		
Abstimmung über Antragsblock 7	Ja:	(98.876 %)	88
	Nein:	(1.124 %)	1
	Enthaltung:		2
	Eingegangene Stimmen:		91

- 1 In jeder Region in Baden-Württemberg ist Wohnraum in den vergangenen Jahrzehnten
2 knapp und vor allem deutlich teurer geworden. Die Angebotsmieten in baden-
3 württembergischen Städten sind in vielen Ranglisten regelmäßig auf den vorderen
4 Plätzen zu finden; laut F+B-Mietspiegelindex 2019 liegen 16 der 30 Städte mit dem
5 höchsten Mietniveau in Baden-Württemberg. Die Mieten steigen schneller als die
6 Einkommen, weswegen es auch für viele Beschäftigte mit durchschnittlichem Einkommen
7 schwierig ist, beim Arbeitsplatz- und Wohnortwechsel oder wenn persönliche
8 Veränderungen eintreten, eine neue leistbare Wohnung zu finden. Wer auf geförderte
9 Wohnungen angewiesen ist, steht vor noch größeren Herausforderungen: Die Folgen der
10 Privatisierungspolitik von öffentlichen Wohnungsgesellschaften und -beständen zeigen
11 sich zum Beispiel im gesunkenen Bestand an geförderten Wohnungen. Dieser hat sich
12 seit 2002 mit damals rund 137.000 Wohnungen auf 49.595 Wohnungen im Jahr 2021 mehr
13 als halbiert. Einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung zu Folge fehlen allein in den
14 neun baden-württembergischen Großstädten 92.200 Wohnungen, selbst dann, wenn alle
15 Haushalte optimal mit leistbaren und angemessen großen Wohnungen versorgt wären. Die
16 Verknappung leistbaren Wohnraums spaltet unsere Gesellschaft in diejenigen, die sich
17 Wohnraum in der Stadt, bzw. in Arbeitsortnähe leisten können und diejenigen, die an
18 den Rand gedrängt, in zu kleinen Wohnungen oder fernab des Arbeitsortes wohnen.
- 19 Das Land und die Kommunen müssen die Schaffung leistbaren Wohnraums und den Schutz
20 der Mieter*innen vor Mietanstiegen weiterhin als zentrales Thema wahrnehmen und
21 endlich konkrete Verbesserungen in größerem Umfang als bisher erzielen. Daran werden
22 wir politisches Handeln messen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden auch
23 in Zukunft die Diskussion mit Fachbeiträgen und Veranstaltungen mitgestalten,
24 Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit betreiben sowie Kampagnen initiieren und
25 unterstützen. Die Vernetzung zwischen DGB und Mitgliedsgewerkschaften, Haupt- und
26 Ehrenamt, Bezirk, Region, Kreis- und Stadtverbänden stärkte die inhaltlichen und
27 strategischen Bemühungen. Diese Zusammenarbeit setzen wir unter anderem mit
28 Fachgesprächen, Gestaltung von Tagungen, Bildungsarbeit und der Möglichkeit zur

29 digitalen Vernetzung fort. Unser Ziel ist, dass in Baden-Württemberg in Zukunft
30 Menschen unabhängig von der Höhe des Einkommens in allen Regionen, Großstädten,
31 Ballungs- und ländlichen Räumen ein gutes und leistbares zu Hause finden.

32

33 **Wir erwarten von der Landesregierung:**

34 **1. Wohnraum in öffentlicher Hand zu fördern**

35 Der DGB setzt sich dafür ein, dass in Baden-Württemberg flächendeckend leistbarer
36 Wohnraum zur Verfügung steht. Das Land muss den Bestand an leistbaren Wohnungen
37 deutlich erhöhen, dazu müssen 70.000 Wohnungen jährlich gebaut werden. Davon sind
38 10.000 geförderte (Sozial-)Mietwohnungen pro Jahr zu bauen, so dass deren Bestand zum
39 Ende der Legislaturperiode wieder mehr als 100.000 geförderte (Sozial-)Mietwohnungen
40 beträgt. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist die Gründung einer
41 Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) notwendig. Das Land soll so selbst als Akteur
42 für leistbaren Wohnraum zu sorgen. Darüber hinaus soll die LEG Projekte anstoßen und
43 koordinieren und Kommunen in der Projektsteuerung, Erschließung, beim Flächenerwerb,
44 bei der Planung von Projekten und interkommunalen Vorhaben unterstützen.

45 Das Land muss die Mittel für das Landeswohnraumförderprogramm auf die gleiche Höhe
46 wie die der Bundesmittel aufstocken und somit das Programmvolumen auf insgesamt 300
47 Mio. Euro jährlich erhöhen. Mittelfristig werden 500 Mio. Euro pro Jahr benötigt.

48 Diese Mittel werden für die Errichtung von 5.000 geförderten (Sozial-)Mietwohnungen
49 pro Jahr benötigt. Die Konditionen der Landeswohnraumförderung müssen stetig
50 verbessert werden, beispielsweise müssen die Baukostenentwicklung berücksichtigt und
51 die förderfähigen Kosten erhöht werden. Das Land muss wieder über einen eigenen
52 Wohnungsbestand verfügen, auf dem Wohnungsmarkt eine aktive Rolle für leistbaren
53 Wohnraum einnehmen und Landesvermögen aufbauen. Auch kommunale
54 Wohnungsbaugesellschaften müssen als Akteure gefördert und die enge Zusammenarbeit
55 mit ihnen gesucht werden.

56 Die Förderung von Wohnungseigentum als flankierender Säule muss die Priorität auf die
57 Gewährung finanzieller Zuschüsse der Zielgruppen mit maximal durchschnittlichem
58 Einkommen legen, wie zum Beispiel junge Familien oder Gemeinschaftsprojekte, damit
59 das Förderprogramm die Breite der Gesellschaft erreicht. Für Haushalte bzw.
60 Beschäftigte mit durchschnittlichem Einkommen sind Steuererleichterungen für
61 selbstgenutztes Wohneigentum eine gute Ergänzung.

62 Um gemeinwohlorientierte Akteure am Wohnungsmarkt zu stärken muss eine neue
63 Wohnungsgemeinnützigkeit eingeführt werden. Die Mieten in deren Wohnungsbeständen
64 sind niedriger, da sie den Aufwendungskosten entsprechen und einer dauerhaften
65 Preisbindung unterliegen und Überschüsse und Gewinne gemeinwohlorientierter
66 Unternehmen reinvestiert werden.

67

68 **2. Eine sozialgerechte Bodenpolitik umzusetzen und die Bodenpreissteigerungen**

69 **einzudämmen**

70 Die Einrichtung eines Grundstücksfonds für finanzschwächere Kommunen und dessen erste
71 Erwerbe von baureifen Grundstücken sind wichtige Schritte, die konsequent weiter
72 entwickelt werden müssen. Wenn die Kommune selbst keine Wohnungsbauprojekte umsetzen
73 kann, bleibt die Vergabe über Erbpacht das Mittel der Wahl bei der Bereitstellung von
74 Bauland, damit Grundstücke im Eigentum der öffentlichen Hand verbleiben.
75 Dennoch kann der Grundstücksfonds nur ein Hilfsmittel sein um überhaupt
76 wohnungspolitisch gestaltend eingreifen zu können. Der Kern des Problems liegt in den
77 hohen Bodenpreisen, deshalb ist die Verhinderung von hohen Baulandpreisen bzw. noch
78 weiteren Preiserhöhungen ein entscheidender Faktor für leistbaren Wohnungsbau. Wir
79 erwarten von der Landesregierung, dass sie mit Bund und Ländern eine Strategie für
80 eine sozialgerechte Bodenpolitik entwickelt. Mit der Wiedereinführung der Grundsteuer
81 C können brachliegende baureife Grundstücke mobilisiert werden. Die Kommunen sollen
82 von diesem Instrument Gebrauch machen. Nur die Gesamtschau und Veränderung von
83 rechtlichen Voraussetzungen sowie Einrichtung wirksamer Instrumente auf Bundes- wie
84 Landesebene wird die Bodenpreisentwicklung eingedämmt werden können.

85

86 **3. Keine weiteren Explosionen der Mieten zuzulassen**

87 Um die Mieter*innen im Bestand vor weiteren Explosionen der Mieten zu schützen,
88 müssen sämtliche Instrumente des Mietrechts verschärft werden, dies betrifft
89 Zweckentfremdungsverbot, Mietpreisbremse, Kündigungssperrfrist und Kappungsgrenze.
90 Insbesondere die Gebietskulissen, die Geltungsdauern und die Kontroll- und
91 Sanktionsmöglichkeiten müssen wo immer möglich ausgeweitet werden.

92 Auf Bundesebene ist ein Mietenstopp einzuführen, der die Mieten flächendeckend und
93 bundesweit einfriert. Mieten dürfen dann nur noch um maximal 2 Prozent pro Jahr
94 ansteigen, sofern bestimmte Oberwerte noch nicht überstiegen werden.

95 Ausnahmeregelungen, wie sie heute bei der Mietpreisbremse zum Beispiel für möblierte
96 oder modernisierte Wohnungen gelten, müssen abgeschafft werden. Um gegen Mietwucher
97 vorgehen und solche überhöhten Mieten absenken zu können, muss Paragraph 5 des
98 Wirtschaftsstrafgesetzbuches verschärft und für die Praxis anwendbar gemacht werden.

99

100 **4. Eine neue, klimaneutrale Baukultur zu fördern**

101 Der Wohnungsbau selbst ist an Gesamtkonzepten auszurichten, in denen Wohnungen,
102 soziale und verkehrsmäßige Infrastruktur sowie ökologische, nachhaltige und
103 lebenswerte Entwicklungsmöglichkeiten vor Ort miteinander verbunden werden. Eine gute
104 Quartiergestaltung ermöglicht z.B. generationsübergreifendes Zusammenleben, kurze
105 Wege zwischen Arbeit, Wohnen, Freizeit und Erledigungen des täglichen Bedarfs sowie
106 eine gute Daseinsvorsorge. Bei Planungen und Erschließungen sind die Verkehrswege
107 ausbau- und damit zukunftsfähig zu berücksichtigen.

108 Um die Klimaschutzziele im Gebäudesektor einzuhalten müssen auf politischer Ebene

109 konkrete Umsetzungsschritte vereinbart werden. Dabei sind Gebäude, insbesondere
110 Wohngebäude, politisch und kostenmäßig im Rahmen ihres Lebenszyklus zu betrachten und
111 zu bewerten. Die Verteilung der Kosten der Klimaschutzmaßnahmen muss sozialgerecht
112 erfolgen. Die Kosten muss der Eigentümer eines Gebäudes aufbringen, denn er/sie
113 entscheidet, wie und in welcher Form die Maßnahmen umgesetzt werden. Dieses ist durch
114 die Landesregierung, gegebenenfalls über das Wohnraumförderprogramm oder andere
115 Fördermittel, zu unterstützen.

116 Wer Baukultur will, muss eine Kultur des Bauens fördern. Im Wohnungsbau muss auf den
117 Bedarf abgestellt und folglich der Mehrgeschosswohnungsbau besonders und stärker als
118 andere Hausbauten gefördert werden. Durch stärkere Beachtung von seriellem/ modularem
119 Bauen, gegebenenfalls auch stärkerer Vorfertigung, kann ein wesentlicher Beitrag zur
120 Deckung der Wohnraumbedarfe auch in kürzeren Zeiträumen erreicht werden.

121 Bauen ist nachhaltig und grundsätzlich auf Dauer angelegt. Dazu gehört die Verwendung
122 von nachhaltigen, ökologisch und menschlich vertretbaren Produkten und Materialien.
123 Es sind nicht Gegensätze von Baustoffen aufzubauen, sondern ihre sinnvolle
124 Kombination bzw. jeweilige Ergänzung vorzunehmen, zum Beispiel bei „Stein und Holz“
125 –Materialien. Bei Baustoffen sind nicht Einzelbewertungen des Produktes, sondern die
126 Frage nach der Gesamtenergiebilanz entscheidend: von der Rohstoffgewinnung über die
127 Bestandsdauer bis zur Entsorgung.

128 Gute Bauleistungen brauchen gute Raum- und Bauplanungen und –prozesse. Dazu gehören
129 transparente, klar terminierte und zeitlich begrenzte Verfahren für Bürgerbeteiligung
130 und mögliche Einsprüche und Veränderungsbegehren. Dies geht insgesamt nur mit
131 personell und fachlich guten Bauämtern. Finanziell und personell gut ausgestattete
132 Kommunen sind die Grundlage dafür, das Land muss für hierfür Sorge tragen.

133

134 **5. Den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften als wohnungspolitische Expert*innen** 135 **beteiligen**

136 Der DGB Baden-Württemberg wird sich für die Schaffung leistbaren Wohnraums im Neubau
137 und im Bestand gegenüber Land, Kommunen und Öffentlichkeit einsetzen. Wir begrüßen
138 die Einrichtung des Strategiedialogs „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ und
139 die im Koalitionsvertrag zugesicherte Beteiligung von Verbänden und insbesondere der
140 Vertreter*innen der Beschäftigten und Gewerkschaften. Wir werden im Strategiedialog
141 neben inhaltlicher Expertise stets auch die Beteiligung und Repräsentation der
142 Interessen der Beschäftigten einbringen und diese gegebenenfalls aktiv einfordern.
143 Damit der Dialog auch konkrete Ergebnisse erzielt, müssen Ziele und Maßnahmen
144 entwickelt, durchgeführt und überprüft werden.

145 Die Weiterentwicklung von Räumen, Quartieren, Zusammenhängen von Arbeitswelt,
146 sozialen und familiären Bindungen sind Elemente der wohnungspolitischen Entwicklung.
147 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften betrachten das Gesamtbild. Gerade deswegen
148 sind wir unverzichtbar in diesem Prozess und für die Erreichung des gemeinsamen
149 Ziels: die Bereitstellung leistbaren und lebenswerten Wohnraums in allen Teilen des

150 Landes Baden-Württemberg.

Antrag B009: Keine Pflegekammer in Baden-Württemberg

Laufende Nummer: 41

Antragsteller*in:	Ver.di (DGB BW · Nr. 217)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Die DGB-Bezirkskonferenz beschließt, dass der DGB Baden-Württemberg mit allen
- 2 Organisationseinheiten sich gegen eine Einführung einer Pflegekammer in Baden-
- 3 Württemberg einsetzt.
- 4 Um qualifizierte Pflege für die Zukunft zu erhalten und auszubauen ist es notwendig,
- 5 den Arbeitsalltag durch Arbeitgeber- und politische Entscheidungen so zu gestalten,
- 6 dass Gute Arbeit und Gute Pflege durch die beruflich Pflegenden in Zusammenarbeit mit
- 7 den anderen Berufsgruppen möglich ist. Dies, eine bessere Personalausstattung und
- 8 eine angemessene Bezahlung macht den Beruf attraktiv. Eine Pflegekammer, die nur das
- 9 Verhalten der beruflich Pflegenden sanktioniert, aber nicht die Verhältnisse, unter
- 10 denen die Beschäftigten arbeiten, ändern kann, ist nicht die Lösung des Problems.
- 11 Deshalb unterstützt der DGB mit allen Organisationseinheiten die Forderungen unserer
- 12 Kolleginnen und Kollegen in der Pflege, selbst entscheiden zu können, welchem
- 13 Zusammenschluss - der ihre Interessen vertritt - sie beitreten wollen.
- 14 Der DGB fordert die Landesregierung Baden-Württemberg auf, dass sie ihrer
- 15 Aufsichtspflicht gegenüber den entsprechenden Betrieben/Einrichtungen im Interesse
- 16 Guter Pflege nachkommt und geeignete Formen findet, mit Pflegeverbänden und der
- 17 zuständigen Gewerkschaft ver.di konstruktiv zusammenarbeiten zu können, ohne eine
- 18 Zwangsmitgliedschaft der betroffenen Beschäftigten.

Antrag B010: Kostenfreier ÖPNV

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	DGB Jugend Baden Württemberg (DGB BW · Nr. 220)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass alle Personen ohne Ausnahmen
- 2 bundesweit kostenfrei mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) befördert
- 3 werden. Die Voraussetzung dafür sind umfassende Investitionen in die Infrastruktur,
- 4 um den zu erwartenden Nutzer_innenandrang überhaupt bewältigen zu können. Weiter ist
- 5 bei einer Einführung sicherzustellen, dass keine Gefährdung der bestehenden
- 6 Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen oder ihrer Grundlage (Vergabeformen)
- 7 stattfindet. Eine steuerfinanzierte Realisierung dieser Maßnahme findet allein durch
- 8 tarifgebundene Verkehrsunternehmen statt.

Antrag B011: 365-€-Ticket im ÖPNV Baden-Württemberg für alle

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	SV Stuttgart (DGB BW · Nr. 164), KV Rems-Murr (DGB BW · Nr. 165)
Status:	angenommen als Material zu Antrag B010
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag B010
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg ein
- 2 365-€-ÖPNV-Jahresticket einführt, das für den Nahverkehr im ganzen Bundesland gilt.

Antrag B012: Sozialticket für die Region Stuttgart und andere Großräume in Baden-Württemberg

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	KV Boeblingen (DGB BW · Nr. 156), KV Ludwigsburg (DGB BW · Nr. 158)
Status:	angenommen als Material zu Antrag B010
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag B010
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Die DGB-Bezirkskonferenz soll sich für ein Sozialticket einsetzen, das in der
- 2 gesamten Region Stuttgart und anderen Großräumen in Baden-Württemberg gilt.
- 3 Dabei muss das Sozialticket so gestaltet sein, dass es die Würde der Inhaber*innen
- 4 nicht verletzt.

Antrag B013: Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele an Schulen

Laufende Nummer: 53

Antragsteller*in:	KV Mannheim/Rhein-Neckar West (DGB BW · Nr. 150)		
Status:	angenommen		
Empfehlung der ABK:	Annahme		
Sachgebiet:	B - Landespolitik		
Antragsblock:	6. Schule und Bildung		
Abstimmung über Antragsblock 6	Ja:	(98.864 %)	87
	Nein:	(1.136 %)	1
	Enthaltung:		1
	Eingegangene Stimmen:		89

- 1 **Nachhaltigkeitsziele der UN konkret in Schulen mit Landes- und Kommunalpolitik sowie**
- 2 **Schulträgerverhalten verbinden.**
- 3 Die DGB-Kreisdelegiertenkonferenz fordert den DGB-Bezirk Baden-Württemberg dazu auf,
- 4 sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Nachhaltigkeitsziele die sich die
- 5 Vereinten Nationen bis 2030 gesetzt haben, von Ländern und Kommunen ganz konkret in
- 6 Schulen umgesetzt werden und dort für die Schülerinnen und Schüler sichtbar und
- 7 erlebbar sind.

Antrag B014: Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bis einschließlich 14 Jahre

Laufende Nummer: 56

Antragsteller*in:	DGB Bezirksfrauenausschuss (DGB BW · Nr. 221)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Die Landesregierung muss neben der Umsetzung des Rechtsanspruchs im Kita-Alter auch
- 2 den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder bis 14 Jahren schaffen bzw.
- 3 unterstützen und umsetzen. Dabei ist die Einführung eines Rechtsanspruches allein
- 4 unzureichend. Ausreichend Personal, Kapazitäten für Weiterbildung, genug
- 5 Betreuungsplätze für die Kinder und pädagogisch sinnvolle Konzepte, sind die
- 6 Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung.

Antrag B015: Umsetzung des Programms „Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt an Kinder und Jugendlichen“ an den Schulen in Baden-Württemberg

Laufende Nummer: 59

Antragsteller*in:	DGB Bezirksfrauenausschuss (DGB BW · Nr. 221)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	6. Schule und Bildung

- 1 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich für eine Umsetzung des Programms „Schutzkonzepte
- 2 gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ an den Schulen des Landes ein. Die
- 3 Umsetzung des Schutzkonzeptes an Schulen muss als Schulentwicklungsprogramm erfolgen.
- 4 Dies schließt neben Qualifizierungsangeboten für Lehrkräfte und Schulleitungen in
- 5 jedem Fall die Begleitung von Schulentwicklungsprojekten an jeder einzelnen Schule,
- 6 unter der Anleitung von spezifisch geschulten Fachberater*innen, wie dies bereits an
- 7 Pilotschulen ab 2016 praktiziert wurde, mit ein. Bis zum Jahr 2024 sollen alle
- 8 Schulen in Baden-Württemberg eigene Schutzkonzepte erarbeitet haben. Dafür müssen die
- 9 notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Antrag B016: Studiengebühren

Laufende Nummer: 73

Antragsteller*in:	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Landesverband Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 212)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	6. Schule und Bildung

- 1 Der DGB-Baden-Württemberg lehnt jede Form von Studiengebühren auch die Gebühren für
- 2 ausländische Studierende und Studierende eines Zweitstudiums, aus sozial-, bildungs-
- 3 und gesellschaftspolitischen Gründen konsequent ab. Wir definieren Bildung als
- 4 öffentliches Gut, das durch eine ausreichende öffentliche Hochschulfinanzierung
- 5 sichergestellt werden muss.

Antrag B017: Bessere Finanzausstattung für unsere Kommunen

Laufende Nummer: 51

Antragsteller*in:	KV Mannheim/Rhein-Neckar West (DGB BW · Nr. 150), KV Karlsruhe (DGB BW · Nr. 167), SV Karlsruhe (DGB BW · Nr. 136), KV Pforzheim/Enzkreis (DGB BW · Nr. 139)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 • Der DGB setzt sich auf allen politischen Ebenen für eine Reform der kommunalen
- 2 Finanzverfassung in Deutschland ein. Die Kommunen müssen mit einem Anteil aus
- 3 dem Gesamtsteueraufkommen ausgestattet werden, um politische Handlungs- und
- 4 Investitionsräume erfüllen zu können. Dazu gehören zum Beispiel die
- 5 Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich für die Städte und Gemeinde
- 6 anzuheben sowie die Einführung einer Gemeindegewerbesteuer, wie sie im DGB-
- 7 Steuerkonzept vorgesehen ist.
- 8 • Einen Rettungsschirm für die Kommunen einschließlich einer Tilgung von
- 9 Altschulden umzusetzen.
- 10 • Hierzu kooperiert der DGB mit den kommunalen Spitzenverbänden und vernetzt sich
- 11 mit anderen Bündnispartnern.
- 12 • Das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen, weiter
- 13 strategisch wie finanziell zu verfolgen.
- 14 Der DGB-Bezirksvorstand leitet diesen Antrag an das Parlament der Arbeit weiter.

Antrag B018: Zuordnung personalvertretungsrechtlicher Beschlussverfahren hin zur Arbeitsgerichtsbarkeit

Laufende Nummer: 42

Antragsteller*in:	Ver.di (DGB BW · Nr. 217), KV Boeblingen (DGB BW · Nr. 156), KV Rems-Murr (DGB BW · Nr. 165), KV Ludwigsburg (DGB BW · Nr. 158)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Der DGB möge sich im Hinblick auf die beschriebene Situation dringend und mit
- 2 Nachdruck von gewerkschaftlicher Seite dafür einsetzen, dass
- 3 personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren nach dem
- 4 Bundespersonalvertretungsgesetz, ebenso nach den Landespersonalvertretungsgesetzen
- 5 baldmöglichst der Arbeitsgerichtsbarkeit zugewiesen werden. Es soll auf diesem Wege,
- 6 im Sinne der Interessen der Beschäftigten, für die Personalräte eine effektivere
- 7 Rechtsschutzgewährung herbeigeführt werden.
- 8 • Ab Inkrafttreten der von Bundestag und Bundesrat 2021 beschlossenen Novellierung
- 9 des BPersVG steht den einzelnen Bundesländern die Möglichkeit zu, die
- 10 Gerichtszuständigkeit für personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren nach
- 11 den Landespersonalvertretungsgesetzen selbst festzulegen.
- 12 • Beim Landespersonalvertretungsrecht handelt es sich ab 01.01.2024 um reines
- 13 Landesrecht. Deshalb können Streitigkeiten durch Landesgesetz einem anderen
- 14 Gericht zugewiesen werden, weshalb Landesgesetzgeber die Zuständigkeit der
- 15 Arbeitsgerichte für das Landespersonalvertretungsrecht begründen können.
- 16 • Der DGB setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung das
- 17 Bundespersonalvertretungsgesetz entsprechend dahingehend anpasst, dass
- 18 personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren der Arbeitsgerichtsbarkeit
- 19 zugewiesen werden.

Antrag B019: Gesetzliche Anpassungen/Änderungen in den Gesetzen ChancenG/LPVG zur Stellung der Beauftragten für Chancengleichheit bzw. der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Laufende Nummer: 57

Antragsteller*in:	DGB Bezirksfrauenausschuss (DGB BW · Nr. 221)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 dass sich der DGB Baden-Württemberg politisch dafür einsetzt, dass das
- 2 Chancengleichheitsgesetz Baden-Württemberg und das LPVG Baden-Württemberg so zu
- 3 verändern sind, dass es möglich ist, das Amt der BfC/Gleichstellungsbeauftragten
- 4 gleichzeitig mit dem Amt eines Personalratsmitglieds auszuüben.
- 5 Zumindest muss dem Umstand Abhilfe geleistet werden, dass eine
- 6 BfC/Gleichstellungsbeauftragte ihr Amt niederlegen muss, bevor sie bei
- 7 Personalratswahlen kandidieren kann. Aufgrund der mittelbaren Diskriminierung, die
- 8 die rechtliche Regelung derzeit darstellt, muss das aktive Wahlrecht für
- 9 BfCen/Gleichstellungsbeauftragte bei Personalratswahlen komplett wieder
- 10 hergestellt werden.
- 11 Bei der Novellierung des ChancenG müssen außerdem Sanktionsmöglichkeiten für
- 12 BfCen/Gleichstellungsbeauftragte in das Gesetz mit aufgenommen und ihre Ausstattung
- 13 deutlich verbessert werden. Für die Begleitung, Steuerung und Umsetzung der
- 14 Novellierungsvorhaben wird ein Expert*innenteam eingesetzt.

Antrag B020: Rehabilitation und Entschädigung für Betroffene des „Radikalenerlass“ – für ein demokratie-orientiertes Berufsbeamtentum

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	Ver.di (DGB BW · Nr. 217)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Der DGB Baden-Württemberg macht sich dafür stark, dass die Landesregierung die
- 2 Betroffenen einer verfehlten und unrechtmäßigen Zugangssteuerung zum öffentlichen
- 3 Dienst (Radikalenerlass und Berufsverbote) rehabilitiert und entschädigt werden.
- 4 Unrecht der Vergangenheit kann nicht ungeschehen gemacht werden, ein Anerkenntnis ist
- 5 daher das Mindeste, was Betroffene erwarten dürfen. Eine angemessene Entschädigung
- 6 ist angebracht.
- 7 Der DGB setzt sich außerdem für eine demokratische Grundhaltung der Beamtinnen und
- 8 Beamten ein. Rechtsextremistisches und faschistisches Gedankengut sind nicht mit den
- 9 Grundwerten des Grundgesetzes und des Berufsbeamtentums vereinbar. Um jegliche
- 10 Unterwanderung des öffentlichen Dienstes und des Berufsbeamtentums aus diesen Kreisen
- 11 zu verhindern braucht es transparente Verfahren.

Antrag B021: Für den freien Sonntag

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	KV Ludwigsburg (DGB BW · Nr. 158), KV Boeblingen (DGB BW · Nr. 156)
Status:	angenommen als Material an Bezirksvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an Bezirksvorstand
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg führt ab 2022 eine Kampagne für den arbeitsfreien
- 2 Sonntag mit folgenden Schwerpunkten durch. Ziel ist die Aufhebung der
- 3 Landesverordnung zur Sonntagsöffnung. Dazu führt der DGB-Bezirk Baden-Württemberg mit
- 4 den im Landtag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der AfD) ein Hearing zum
- 5 verkaufsoffenen Sonntag durch. Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg prüft eine
- 6 Verfassungsklage vor dem baden-württembergischen Verfassungsgerichtshof gegen die
- 7 Landesverordnung.
- 8 Wenn Städte gegen die bisherigen Regelungen der Sonntagsöffnung verstoßen,
- 9 unterstützt der DGB örtliche Initiativen und Maßnahmen gegen die Sonntagsöffnung oder
- 10 initiiert diese. Die gemeinsamen Bemühungen im Bündnis "Allianz für den freien
- 11 Sonntag" werden weiter ausgebaut.

Antrag B022: Gutes Leben auch für Geflüchtete und langjährig Geduldete in Baden-Württemberg

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	KV Bodensee-Oberschwaben (DGB BW · Nr. 142)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Der DGB fordert die Landesregierung auf, ihrem im Kapitel 7 des Koalitionsvertrags
- 2 festgeschriebenen Anspruch gerecht zu werden und das Bleiberecht für langjährig
- 3 Geduldete pragmatisch und menschlich zu gestalten. Insbesondere fordert der
- 4 Bezirksvorstand,
- 5 • dass den betroffenen Menschen statt einem formalen Schreiben ein klares Angebot
- 6 gemacht wird, ihre Bleibeperspektive in einem Beratungsgespräch zu besprechen
- 7 • dass bestehende Initiativen und Organisationen wie der Flüchtlingsrat Baden-
- 8 Württemberg oder mira in die Beratung miteingebunden werden, da sie oft intensiv
- 9 und über einen längeren Zeitraum mit den Menschen zusammenarbeiten und ihr
- 10 Vertrauen haben
- 11 • dass die Ausländerbehörden landesweit angehalten werden, ihren
- 12 Ermessensspielraum großzügig und positiv zu interpretieren und zu nutzen
- 13 • dass Abschiebungen langjährig Geduldeter, die sich als fester und positiver Teil
- 14 unserer Gesellschaft erwiesen haben, mit sofortiger Wirkung gestoppt werden, um
- 15 allen die Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht zu ermöglichen und nicht
- 16 bereits durch eine Abschiebung zu verhindern
- 17 • dass die Landesregierung für faire Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse von
- 18 Geflüchteten und langjährig geduldeten Menschen sorgt.

Antrag B023: Faire Mobilität und Grenzgänger*innen-Beratung

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	KV Ortenau (DGB BW · Nr. 163)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich bei der Landesregierung dafür ein, dass auch die
- 2 vom Land bezuschussten Beratungsstellen Faire Mobilität dauerhaft gefördert werden.
- 3 Außerdem fordert er die Bundes- und die Landesregierung dazu auf, dass diese sich auf
- 4 EU-Ebene dafür einsetzen, dass die Grenzgänger*innen-Beratung ebenfalls als eine
- 5 europäische Daueraufgabe anerkannt und infolgedessen auch dauerhaft finanziell
- 6 unterstützt wird.

Antrag B024: Faire Mobilität verstetigen

Laufende Nummer: 47

Antragsteller*in:	Stadt- und Kreisverband Heilbronn (DGB BW · Nr. 157)
Status:	erledigt bei Annahme von Antrag B023
Empfehlung der ABK:	Erledigt bei Annahme von Antrag B023
Sachgebiet:	B - Landespolitik
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Der DGB verstetigt die Arbeit der „fairen Mobilität“.
- 2 Dies beinhaltet aus unserer Sicht folgende Schritte:
- 3 • Entfristung der Mitarbeiter*innen
- 4 • Aufstockung der Zahl der Mitarbeiter*innen
- 5 • Verbesserung der finanziellen Ausstattung
- 6 • Entsprechende Schulung, Qualifizierung / Weiterbildung zu relevanten Themen
- 7 (Leiharbeit aber auch Basics zur Gewerkschaftsarbeit auf betrieblicher Ebene
- 8 etc.)
- 9 • Ferner erwarten wir, um die Nähe zur Gewerkschaft zu dokumentieren aber auch
- 10 überzeugende Vorbilder sein zu können, dass die Mitarbeiter*innen
- 11 Gewerkschaftsmitglieder sind bzw. künftig die Mitgliedschaft bei der Einstellung
- 12 verpflichtend wird.
- 13

Antrag C001: Gut arbeiten und leben in Baden-Württemberg

Laufende Nummer: 65

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand (DGB BW · Nr. 200)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	8. Leitantrag C Gut arbeiten und leben in Baden-Württemberg
Abstimmung über Antragsblock 8	Ja: (100 %) 87 Nein: (0 %) 0 Enthaltung: 0 Eingegangene Stimmen: 87

1 Gut arbeiten und leben in Baden-Württemberg

Die Transformation der Arbeitswelt hat Fahrt aufgenommen und wurde durch die Coronapandemie zusätzlich beschleunigt. Für den DGB Baden-Württemberg ist es deshalb ein zentrales Ziel, Sprachrohr der Beschäftigten gegenüber der Politik zu sein. Gerade in Zeiten des Wandels müssen die Interessen der Beschäftigten und die daraus resultierenden Forderungen gegenüber der Politik entschieden vertreten werden. Dabei stehen die Handlungsfelder sozial-ökologische Transformation der Industrie, die öffentliche Daseinsvorsorge und Gute Arbeit in digitalen Zeiten im Zentrum des gewerkschaftlichen Handelns der nächsten vier Jahre.

1. Die Transformation sozial-ökologisch gestalten

1.1. Gute Arbeit in digitalen Zeiten

Die Digitalisierung von Produkten und Prozessen verändert fast alle Lebensbereiche und hat durch den Umgang mit den Corona-Lockdowns einen weiteren Schub erfahren: vom Buchen von Zeitslots im Freibad bis zum Homeschooling hat sich binnen kürzester Zeit vieles verändert. Auch in der Arbeitswelt finden viele schleichende oder abrupte Veränderungen statt. Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte setzen sich jeden Tag dafür ein, diese Veränderungen im Sinne der Beschäftigten mitzugestalten. Denn längst ist klar: weder geht es um die Frage, ob die Digitalisierung kommt, noch ist davon auszugehen, dass sie uns menschenleere Fabriken beschert. Dennoch gibt es zahlreiche große und kleine Stellschrauben an der Schnittstelle von Mensch, Technik und Arbeitsorganisation, an denen zu drehen ist. Die häufig technikzentrierten Debatten müssen dabei vom Kopf auf die Füße gestellt werden: soziale, arbeitnehmer*innen-orientierte Technikgestaltung heißt, nicht am Reißbrett entworfene Technik gibt den Takt vor, sondern eine Arbeitsgestaltung im Sinne Guter Arbeit muss handlungsleitend sein. Dies gilt für die betriebliche Gestaltung wie für die Beteiligung an politischen Diskussionen und Entscheidungen. Die Themen sind dabei vielfältig: von der Ausgestaltung von Homeoffice und mobilem Arbeiten und Arbeitszeitregelungen über

29 den Beschäftigten-Daten-, Arbeits- und Gesundheitsschutz bis hin zu
30 Qualifizierungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechten für Betriebs- und Personalräte
31 sind überall die Interessen der betroffenen Beschäftigten kompetent einzubringen.

32 Der DGB Baden-Württemberg wird sich auch in Zukunft in den öffentliche Diskurs
33 einbringen, innovative Lösungen etwa zur Weiterbildungsfinanzierung einfordern und
34 sich entschieden gegen Angriffe auf Beschäftigtenrechte wie bei der angestrebten
35 Ausweitung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit wehren.

36 Neben diesen direkt arbeitsprozessbezogenen Fragen beschäftigen den DGB Baden-
37 Württemberg auch die wirtschafts- und industriepolitischen Weichenstellungen im
38 Rahmen der Digitalisierung. Die digitale Infrastruktur im Land muss unverzüglich
39 massiv ausgebaut und neue digitale Geschäftsmodelle (Plattformökonomie, Start-ups
40 usw.) müssen regulatorisch so begleitet werden, dass dort keine (arbeits-
41)rechtsfreien Räume entstehen.

42 Schließlich werden in Baden-Württemberg ansässige Branchen und Unternehmen die
43 Möglichkeiten der Digitalisierung für innovative Produkte und Geschäftsmodelle
44 nutzen. . Dies darf nicht zulasten der Beschäftigten gehen, vielmehr wollen
45 Beschäftigte digitale Innovationen mitgestalten. Der DGB Baden-Württemberg wird seine
46 Mitgliedsgewerkschaften tatkräftig bei der (Zukunfts-)Sicherung der Arbeitsplätze zu
47 guten Arbeitsbedingungen im Land unterstützen und dies auch von der Landespolitik
48 einfordern.

49

50 **1.2 Sozial-ökologische Transformation gestalten und Beschäftigung sichern**

51 Nachhaltige Entwicklung, Klima- und Umweltschutz und die notwendige Anpassung an den
52 Klimawandel sind relevante Themen, die im Fokus politischen Handelns stehen. Die
53 dramatischen Folgen der Erderwärmung sind nicht mehr zu leugnen. Wir erleben
54 Extremwetterlagen mit Überschwemmungen und Hitzeperioden mit neuen Rekord bei
55 Höchsttemperaturen, Ernteauffälle und Waldsterben. Die Gletscher schmelzen, Millionen
56 Menschen fliehen vor Dürre und Umweltzerstörung, die Konflikte um Wasser, Boden und
57 andere Rohstoffe nehmen zu.

58 Die negativen Folgen für unsere Gesundheit, für das globale Wirtschaftssystem, für
59 Lieferketten und Rohstoffversorgung, für Unternehmen, Beschäftigung und soziale
60 Sicherungssysteme sind unübersehbar. Daher ist es wichtiger denn je, die 17 UN
61 Nachhaltigkeitsziele schnell und effektiv umzusetzen und so die sozial-ökologische
62 Transformation voranzubringen.

63 Wir wollen diese notwendige sozial-ökologische Transformation mitgestalten und die
64 Interessen der Beschäftigten beim demokratischen und solidarischen Umbau der
65 Volkswirtschaften hin zu einer nachhaltigen, ressourcenschonenden, klimaverträglichen
66 und sozialen Wirtschafts-, Produktions- und Lebensweisen einbringen. Nachhaltigkeit
67 ist die Gleichgewichtigkeit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem und schließt
68 Mitbestimmung und Beteiligung ein.

69 Wir wollen deshalb die industrielle Basis in Baden-Württemberg auf Klimagerechtigkeit
70 ausrichten und entsprechend erneuern. Deindustrialisierung und Abwanderung gefährden
71 den sozialen Zusammenhalt und gefährden den nötigen Klimaschutz. Vielmehr liegt die
72 Zukunft des baden-württembergischen Wirtschaftsmodells in der umwelt- und
73 ressourcengerechten Gestaltung von Produktion und Produkten. Beispielsweise im
74 Bereich der Medizintechnik sieht der DGB Perspektiven für die baden-württembergische
75 Wirtschaft, aber auch in der Weiterentwicklung neuer Antriebstechnologien.

76 Um unseren Forderungen und Argumenten mehr Geltungskraft zu verleihen, wollen wir ein
77 breites gesellschaftliches Bündnis schließen, um die soziale-ökologische
78 Transformation voranzutreiben. Besonders die Umsetzung der 17 UN Nachhaltigkeitsziele
79 werden wir konstruktiv begleiten und immer wieder einfordern.

80 Wir sehen uns als Expert*innen für gute Arbeit und erwarten von der Landesregierung
81 in die relevanten Gremien einbezogen und in wichtigen Fragen der sozial-ökologischen
82 Transformation beteiligt zu werden.

83

84 **2. Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe**

85 **2.1. Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für gesellschaftlichen Zusammenhalt**

86 Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge ist für den DGB Baden-Württemberg ein wichtiger
87 Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land.
88 Gesundheitsversorgung, Infrastruktur, Mobilität, Wohnen und Bildungs- und
89 Kulturangebote für Jung und Alt gehören für uns dazu. Land, Bund und Kommunen dürfen
90 diese wichtigen Bereiche nicht den Marktmechanismen überlassen.

91 Daseinsvorsorge aus öffentlicher Hand gewährleistet die Teilhabe aller Bürger*innen
92 am gesellschaftlichen und sozialen Leben und ist wesentlicher Aspekt gleicher
93 Lebensverhältnisse. Dort, wo eine gute Daseinsvorsorge nicht mehr gewährleistet ist,
94 schwindet das Vertrauen in Staat und Demokratie sowie der gesellschaftliche
95 Zusammenhalt. Die vergangenen Jahrzehnte der ausufernden Privatisierung von
96 öffentlicher Daseinsvorsorge belegen diesen Zusammenhang deutlich.

97 Viele Aspekte der öffentlichen Daseinsvorsorge fallen in den Verantwortungsbereich
98 der Kommunen, die aber nicht mehr über die Finanzkraft verfügen, die notwendigen
99 Investitionen zu tätigen und seit Jahren einen milliardenschweren Investitionsstau
100 angehäuft haben. Sie brauchen eine stabile finanzielle Grundlage zur Erfüllung ihrer
101 Aufgaben. Der DGB Baden-Württemberg wird sich auch weiterhin für eine starke
102 öffentliche Daseinsvorsorge und ihre ausreichende Finanzierung insbesondere in den
103 Kommunen einsetzen.

104

105 **2.2. Die Beschäftigten in der gute öffentliche Daseinsvorsorge**

106 Die fast 600.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind ein Schlüsselfaktor für
107 eine gute öffentliche Daseinsvorsorge. Studien, wie beispielsweise eine
108 Sonderauswertung des Index Gute Arbeit, zeigen, dass der dauerhafte Personalmangel

109 massive Auswirkungen auf die Gesundheit der Beschäftigten hat – was den öffentlichen
110 Dienst unattraktiver macht.

111 Der Altersdurchschnitt ist besonders hoch. Prognosen zeigen, dass durch Abgänge und
112 zusätzliche Aufgaben ein enormer zusätzlicher Bedarf an Fachkräften im öffentlichen
113 Dienst entsteht. Deshalb braucht es in allen Bereichen des öffentlichen Sektors eine
114 aufgabengerechte Personalausstattung und attraktive Arbeitsbedingungen. Der DGB
115 Baden-Württemberg wird sich weiterhin gemeinsam mit den Gewerkschaften des
116 öffentlichen Dienstes für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen.

117

118 **2.3 Für Frieden und Abrüstung! Zivile Projekte stärken statt Rüstungsausgaben zu** 119 **erhöhen!**

120 Der DGB Baden-Württemberg begreift sich als Teil der Friedensbewegung. Wir engagieren
121 uns aktiv in der Ostermarschbewegung und jedes Jahr am Antikriegstag, um
122 öffentlichkeitswirksam für Frieden und Abrüstung einzutreten.

123 Die Corona-Pandemie hat drastisch gezeigt, an welchen Stellen unserer Gesellschaft
124 besonders verwundbar ist. Es fehlen Milliarden im Gesundheitswesen, in der Pflege, im
125 Bildungssystem, für den Klimaschutz, in Digitalisierungsprojekten, beim sozialen
126 Wohnungsbau und bei den Kommunen. Wir fordern deshalb die politisch Verantwortlichen
127 auf, sich von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen und die Rüstungsmilliarden
128 in zivile Projekte umzuleiten.

129 Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland das UN-Abkommen zum Verbot von
130 Atomwaffen aus dem Jahr 2017 endlich unterzeichnet. Außenpolitisch soll sich
131 Deutschland für mehr Krisenprävention und die Bekämpfung von Fluchtursachen
132 einsetzen. Rüstungsexporte in Krisengebiete müssen verboten werden. Die Bundeswehr
133 muss aus allen Kampfeinsätzen abgezogen werden, die nicht durch ein UN-Mandat
134 legitimiert sind.

135 Wir fordern zudem die sofortige Beendigung aller militärischen Forschung an
136 staatlichen Hochschulen. Projekte zur Rüstungskonversion sollen gemeinsam mit den
137 Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen entwickelt werden und sind
138 industriepolitisch aktiv zu flankieren – langfristig muss eine vollständige
139 Umstellung auf zivile, gesellschaftlich nützliche Produkte gelingen.

140

141 **3. Arbeit der Zukunft**

142 **3.1. Die richtigen Lehren aus der Corona-Krise ziehen**

143 Nicht erst die Corona-Pandemie hat einen tiefgreifenden Wandel der Arbeitswelt
144 ausgelöst, wohl aber manche Entwicklungen beschleunigt und den dringenden politischen
145 Handlungsbedarf offengelegt. Dies beginnt bei der Anerkennung von, in der Pandemie
146 als „systemrelevant“ erkannten Berufen – vor allem im Care-Bereich und anderen
147 öffentlichen Dienstleistungen -, die allen Beteuerungen zum Trotz weiterhin auf eine
148 systematische und nachhaltige materielle und personelle Aufwertung warten.

149 Eine zweite Baustelle bilden mobiles Arbeiten und Homeoffice, die in der
150 Pandemiesituation an vielen Stellen ermöglicht und von Beschäftigten wie Arbeitgebern
151 sehr unterschiedlich wahrgenommen und bewertet wurden. So wurde es als Instrument für
152 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von vielen begrüßt, während in anderen
153 Familien dadurch eher traditionelle Rollenbilder zurückkamen oder verfestigt wurden.
154 Manche freuten sich über gesparte Wegezeiten, während andere unter Verdichtung und
155 Entgrenzung von Arbeit litten. Ungeachtet dessen zeigte sich mit Abflachen der
156 Pandemie, dass die Arbeitgeber die Verfügung über mobiles Arbeiten allein in ihren
157 Händen sehen und gegen ein Recht auf mobiles Arbeiten für Beschäftigte Sturm laufen.
158 Drittens droht die größte Gruppe der Beschäftigten – diejenigen, die aufgrund der Art
159 ihrer Tätigkeit in Krankenhäusern, in der Industrie oder andernorts nicht ins
160 Homeoffice wechseln konnten - fast aus dem Blick zu geraten. Dabei zeigten sich hier
161 deutlich die eklatanten Lücken bei der Kontrolle des Arbeits- und Gesundheitsschutzes
162 in den Betrieben.

163 Schließlich stand eine vierte Gruppe von Beschäftigten in der Gastronomie, als
164 (Schein-) Selbstständige oder Minijobber*innen vor der Situation, abrupt
165 Einkommensreduzierung oder gar Verlust des gesamten Einkommens bewältigen zu müssen.
166 Gerade für Bezieher*innen kleinerer Einkommen reichten die Regelungen zum
167 Kurzarbeitergeld nicht aus.

168 Diese beispielhaft beschriebene unterschiedliche Betroffenheit erfordert, passgenaue
169 Antworten auf verschiedene Arbeits- und Lebenssituationen zu finden. In den
170 politischen Auseinandersetzungen um Themen wie mobiles Arbeiten,
171 Arbeitszeitsouveränität, Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde wird der DGB
172 Baden-Württemberg weiterhin die Leitbilder einer solidarischen Arbeitsgesellschaft
173 und Guter Arbeit jeweils konkretisieren, innovative Gestaltungsansätze entwickeln und
174 gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften im Land konsequent vertreten.

175

176 **3.2. Gleichstellung**

177 Die tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt betreffen Frauen und Männer in
178 unterschiedlicher Weise. Dies betrifft die Nutzung von Homeoffice/mobilem Arbeiten
179 ebenso wie der (Nicht-)Anspruch auf Kurzarbeitergeld für Minijobber*innen über die
180 Berufswahl bis hin zur Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen.

181 Um diesen unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsrealitäten von Frauen und Männern
182 gerecht zu werden, muss die Geschlechterperspektive bei der Analyse der Arbeitswelt
183 und der Formulierung politischer Anforderungen konsequent mitgedacht werden. Mit der
184 Beteiligung und Einbindung von Frauen in die Entscheidungs- und Beratungsgremien und
185 durch die Anwendung von Gleichstellungsscheck-Verfahren kann das begleitet werden.
186 Eine weitere wichtige Grundlage ist die geschlechterspezifische Forschung.

187

188 **3.3. Tarifbindung und Mitbestimmung sichern und ausweiten**

189 Tarifverträge sind ein wichtiges Instrument, um Mitbestimmung, soziale Sicherheit,
190 Teilhabe, Entgelte, Arbeits- und damit auch Lebensbedingungen flächendeckend zu
191 verbessern. Sie fördern fairen Wettbewerb, erleichtern eine erfolgreiche Bewältigung
192 technologischer und gesellschaftlicher Veränderungen und fördern Innovationen.
193 Tarifverträge sind notwendig, um die Transformation erfolgreich zu gestalten und
194 Krisensituationen zu begegnen.

195 Trotzdem sinkt die Anzahl der tarifgebunden Unternehmen und die der Beschäftigten,
196 die im Geltungsbereich eines Tarifvertrages beschäftigt sind, kontinuierlich. 2018
197 waren in Baden-Württemberg nur noch 23 Prozent der Betriebe und 52 Prozent der
198 Beschäftigten tarifgebunden. Das hat weitreichende Folgen für die Bindungs-,
199 Wirkungs- und Umverteilungskraft von Tarifverträgen und der Gestaltungsfähigkeit der
200 Tarifpartner, aber auch für die Beschäftigten, die sozialen Sicherungssysteme, für
201 die Kaufkraft und somit für Staat und Gesellschaft.

202 Mit der betrieblichen (und Unternehmens-)Mitbestimmung ist auch die zweite Säule der
203 Interessenvertretung der Beschäftigten unter Druck geraten: In vielen neuen oder
204 kleinen Betrieben werden Beschäftigte unter Druck gesetzt und müssen sich gegen
205 „Betriebsräte-Mobbing“ wehren. Eine echte Stärkung von Interessenvertretungen und
206 ihren Mitbestimmungsrechten ist gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und
207 Veränderungen notwendig.

208 Der DGB Baden-Württemberg wird seine Aktivitäten zur Stärkung der Tarifbindung in
209 Land und Kommunen fortführen und seine Vernetzungsstrukturen für haupt- und
210 ehrenamtliche Kolleg*innen ausbauen. Das im Rahmen des Zukunftsdialogs gesetzte
211 Schwerpunktthema „Tarifbindung und tariftreue Vergabe“ wird auch in den kommenden
212 Jahren fortgesetzt und verbreitert. Hierzu wird der DGB Baden-Württemberg seine
213 Netzwerksarbeit und die Aktivitäten der Stadt und Kreisverbände sowie seine
214 Mitgliedsgewerkschaften bei betrieblichen Auseinandersetzungen um Tarifbindung
215 unterstützen.

216 Anlässlich der Betriebsratswahlen im Jahr 2022 wird der DGB die Bedeutung der
217 betrieblichen Mitbestimmung in die Öffentlichkeit tragen und gegenüber der Politik
218 herausstellen. In Fällen von Betriebsratsmobbing wird der DGB Baden-Württemberg die
219 Betroffenen und ihre Gewerkschaften in der Auseinandersetzung unterstützen.

Antrag C002: Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	DGB Jugend Baden Württemberg (DGB BW · Nr. 220)
Status:	angenommen als Material zu Antrag C001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag C001
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	8. Leitantrag C Gut arbeiten und leben in Baden-Württemberg

- 1 1. Der DGB Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass das „Gesetz über die
2 Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der
3 Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie“
4 (MontanMitbestG) auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet wird. Dabei sollte der
5 §13 (1) MontanMitbestG auf den ganzen Vorstand ausgeweitet werden. (Nur die
6 Mehrheit des Aufsichtsrates soll den Vorstand wählen können). Auch sollte es
7 nicht mehr möglich sein, dass Entscheidungen eines mitbestimmten Aufsichtsrates
8 mithilfe einer Gesellschafterversammlung/Hauptversammlung aufgehoben werden
9 können.
- 10 2. Des Weiteren setzt sich die DGB-Jugend Baden-Württemberg dafür ein, eine
11 wirtschaftliche Mitbestimmung im Betriebsverfassungsgesetz zu verankern.
12 Insbesondere soll der Betriebsrat bei folgenden Themen ein paritätisches
13 Mitbestimmungsrecht nach §87 BetrVG erhalten:
- 14 - Produktions- und Investitionsprogramm
 - 15 - Personalplanung
 - 16 - Rationalisierungsvorhaben
 - 17 - Fabrikations- und Arbeitsmethoden, insbesondere die Einführung neuer
18 Arbeitsmethoden
 - 19 - Fragen des betrieblichen Umweltschutzes
 - 20 - die Einschränkung oder Stilllegung von Betrieben oder von Betriebsteilen
 - 21 - die Verlegung von Betrieben oder Betriebsteilen
 - 22 - der Zusammenschluss oder die Spaltung von Unternehmen oder Betrieben
 - 23 - die Änderung der Betriebsorganisation oder des Betriebszwecks
 - 24 - die Übernahme des Unternehmens, wenn hiermit der Erwerb der Kontrolle
25 verbunden ist, sowie sonstige Vorgänge und Vorhaben, welche - die Interessen der
26 Arbeitnehmer des Unternehmens wesentlich berühren können.
- 27 Damit diese umfangreichen Mitbestimmungsrechte umgesetzt werden können, sollten
28 die Freistellungen erhöht werden und die Schulungsprogramme für Betriebsräte,
29 nach dem BetrVG ausgeweitet werden.
- 30

Antrag C003: Keine betriebsbedingten Kündigungen wegen Digitalisierung

Laufende Nummer: 52

Antragsteller*in:	KV Mannheim/Rhein-Neckar West (DGB BW · Nr. 150)
Status:	angenommen als Material zu Antrag C001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag C001
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	8. Leitantrag C Gut arbeiten und leben in Baden-Württemberg

- 1 **Keine betriebsbedingten Kündigungen wegen Digitalisierung**
- 2 Es soll ein Beschluss gefasst werden, dass wenn in Betrieben, Unternehmen oder
- 3 ganzen Konzernen Projekte der Digitalisierung durch die Arbeitgeber eingeführt
- 4 werden, es oberste Leitlinie des DGB sein muss, dass es dadurch nicht zu Kündigungen,
- 5 Arbeitsverdichtung und Stellenstreichungen kommt. Der DGB und alle unter seinem Dach
- 6 organisierten Gewerkschaften sollen sich dafür einsetzen, dass betriebsbedingte
- 7 Kündigungen im Zusammenhang mit Digitalisierung verhindert werden.

Antrag C004: Arbeit auf Abruf

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	DGB Jugend Baden Württemberg (DGB BW · Nr. 220)
Status:	angenommen als Material zu Antrag C001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag C001
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	8. Leitantrag C Gut arbeiten und leben in Baden-Württemberg

- 1 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass Arbeit auf Abruf nach §12 TzBfG
- 2 abgeschafft wird. Dieser Paragraph soll durch eine Regelung ersetzt werden, die es
- 3 ermöglicht, bei dauerhaften Überstunden die vertragliche Stundenzahl auf die
- 4 tatsächliche Arbeitszeit anzupassen. Hier sollte die durchschnittliche Arbeitszeit
- 5 der letzten drei Monate als neue vertragliche Arbeitszeit übernommen werden. Die
- 6 Frist von 4 Tagen nach §12 (3) TzBfG sollte übernommen werden, gegebenenfalls sollte
- 7 die Anzahl der Tage erhöht werden. Auch sollte hierzu §9 TzBfG weiter verschärft
- 8 werden. Es sollte immer zuerst teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmende, welche dies
- 9 beantragt haben, aufgestockt werden, bevor eine Neueinstellung getätigt werden kann.

Antrag C005: Befristung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen eindämmen!

Laufende Nummer: 71

Antragsteller*in:	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Landesverband Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 212)
Status:	angenommen als Material zu Antrag C001
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag C001
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	8. Leitantrag C Gut arbeiten und leben in Baden-Württemberg

- 1 Gute Arbeitsbedingungen, planbare Karrierewege oder langfristige Berufsperspektiven –
- 2 das alles ist an den meisten Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie im
- 3 gesamten deutschen Wissenschaftssystem leider immer noch die Ausnahme. Deshalb bleibt
- 4 der Kampf für gute Arbeitsbedingungen und die Solidarität mit den Beschäftigten in
- 5 der Wissenschaft für den DGB selbstverständlich.
- 6 Der öffentliche Dienst gilt als attraktiv, weil er sichere Arbeitsplätze bietet. Das
- 7 stimmt leider nicht immer. Denn im öffentlichen Dienst gib es so viele Fristverträge
- 8 wie in keinem anderen großen Beschäftigungsfeld. Davon sind zum Beispiel
- 9 Nachwuchswissenschaftler*innen die an Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- 10 arbeiten, betroffen. Der DGB fordert daher wirksame Maßnahmen, um befristete
- 11 Beschäftigung einzudämmen. Das umfasst Regelungen zu Mindestbefristungsdauern, eine
- 12 Befristungszulage und zum Verzicht auf sachgrundlose Befristungen.

Antrag C006: Transformation der Industrie aktiv begleiten und Beschäftigung sichern

Laufende Nummer: 69

Antragsteller*in:	IG BCE BW; IG BAU BW; NGG BW und IG Metall BW (DGB BW · Nr. 204)		
Status:	angenommen		
Empfehlung der ABK:	Annahme		
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg		
Antragsblock:	12. Gute Arbeit		
Abstimmung über Antragsblock 12	Ja:	(100 %)	88
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:		0
	Eingegangene Stimmen:		88

1 Baden-Württemberg verfügt über eine starke Industrie, die vielen Beschäftigten gute
2 Arbeit und Einkommen sichert. Der ökonomische Erfolg vieler industrieller Branchen
3 wie beispielsweise dem Fahrzeugbau, der Chemie-, Mineralöl- und Pharmaindustrie, dem
4 Maschinen- und Anlagenbau, der Bauindustrie, der Ernährungs- und
5 Lebensmittelindustrie, der Medizintechnik, der Papiererzeugenden Industrie, der
6 Kunststoff- und der Keramischen Industrie basiert auf stetigen Produktinnovationen,
7 einer hohen Produktivität, der engen Kooperation mit Forschungseinrichtungen und auch
8 durch Gewerkschaften, Tarifverträge und Mitbestimmung geprägte Arbeits- und
9 Sozialbeziehungen in den Betrieben. Der hohe Exportanteil und steigende Umsätze
10 unterstreichen den Erfolg des baden-württembergischen Industriemodells.

11 Mit der Dekarbonisierung, der Digitalisierung und dem demografischen Wandel stehen
12 viele Industriebranchen vor gewaltigen Herausforderungen und Veränderungsprozessen.
13 Als DGB Gewerkschaften wollen wir alles dafür tun, dass diese Herausforderungen
14 gemeistert und die industrielle Transformation zusammen mit und für die Beschäftigten
15 verlaufen wird. Um eine Transformation für die Beschäftigten zu gestalten, bedarf es
16 in unserem Bundesland gemeinsamer Anstrengungen von der Landesregierung, den
17 Unternehmen und Verbänden sowie von den Gewerkschaften und den Betriebsräten.

18 Mit Sorge beobachten wir, dass

- 19 • einige Unternehmen anstelle von Zukunftskonzepten für Standorte auf
20 Verlagerungen in Niedriglohnstandorte sowie auf kostengetriebenes Outsourcing
21 und Aufspalten der Betriebe setzen;
- 22 • ausgelagerte Tätigkeiten in Unternehmen durch billigere Werkvertragsvergabe
23 verrichtet werden;
- 24 • Unternehmen zunehmend versuchen durch Tarifflicht, Verbandswechsel oder Wechsel
25 in OT-Verbandsstrukturen die Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten
26 und ihrer Familien verschlechtern;

- 27 • zu wenige Unternehmen über umfassende Qualifizierungs- und
28 Weiterbildungsprogramme für alle Beschäftigten und eine innovative
29 Personalpolitik verfügen;
- 30 • zwar viel über Transformation gesprochen wird, die Beschäftigten aber oftmals
31 nicht ausreichend über die industriellen Herausforderungen informiert und von
32 den Unternehmen mitgenommen werden.
- 33 Gleichzeitig begrüßen wir, dass
- 34 • einige Unternehmen sich aktiv um Zukunft für bestehende Standorte (u.a. durch
35 Zukunftstarifverträge) bemühen und hier das Management eng mit den
36 Gewerkschaften und den Betriebsräten zusammenarbeitet;
- 37 • die grün-schwarze Landesregierung sich im Koalitionsvertrag dazu bekennt, den
38 Strukturwandel im Industrieland Baden-Württemberg meistern zu wollen und zu
39 einem Musterland für gute Arbeit entwickeln will;
- 40 • mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft ein Format besteht, bei dem Land,
41 Unternehmen, Gewerkschaften, Forschungseinrichtungen und Zivilgesellschaft
42 langfristig zusammenarbeiten können;
- 43 • mit weiteren Strategiedialogen, z.B. für den Wohnungsbau, Verabredungen zur
44 Bewältigung dringender gesellschaftlicher Aufgaben angegangen werden;
- 45 • durch Clusterinitiativen, wie beispielsweise rund um die Gesundheitswirtschaft
46 und in der Bauwirtschaft, neue Wachstumspfade aufgezeigt werden.
- 47 Angesichts des zu erwartenden zunehmenden Tempos der Transformation reicht der Status
48 Quo nicht aus, um die industrielle Struktur und den hohen Beschäftigungsstand in
49 Baden-Württemberg zu erhalten. Entschlossenes Handeln ist geboten.
- 50 Baden-Württemberg benötigt innovative Industriezukunftskonzepte, verbunden mit einer
51 zukunftsorientierten Industrie-, Energie- und Klimapolitik, die ein Abkoppeln Baden-
52 Württembergs als TOP-Wirtschaftsstandort innerhalb Deutschlands und Europa vermeidet.
53 Hierzu ist die Förderung von Batteriezelltechnologie, Wasserstoffproduktion und -
54 stoffnutzung als Energieträger und Grundstoff für Kraftstoffe und
55 Brennstoffzellentechnologie unumgänglich.
- 56 Wir fordern den DGB Bezirksvorstand Baden-Württemberg auf, ein industriepolitisches
57 Programm zu entwickeln und dies gegenüber der Politik im Land zu vertreten. Es geht
58 dabei um Strategien, damit auch im Zeitalter von Transformation und Digitalisierung
59 die Industrie zum Wohle der Arbeitnehmer*innen weiterentwickelt werden kann.
- 60 Eckpunkte dafür sind u.a.:
- 61 • eine beschäftigungs- und industriepolitische Folgenabschätzung für Baden-
62 Württemberg gegenüber der verschärften Klimagesetzgebung, dem schnelleren
63 Hochlauf der Elektromobilität.
- 64 • Ein landespolitisches Maßnahmenpaket entlang der auszubauenden Industrie-,
65 Struktur- und Arbeitsmarktpolitik.

- 66 • Für alle Beschäftigten wollen wir eine Transformationszusage, die Arbeit und
67 Einkommen sichert und Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnet.
 - 68 • Für die vom Strukturwandel betroffenen Regionen wollen wir die Industriestruktur
69 erneuern, so dass Wohlstand und Wertschöpfung gesichert bleiben.
 - 70 • Die Energie- und Mobilitätswende muss gelingen, Baden-Württemberg muss
71 Leitanbieter und –markt für Umwelttechnologien werden und die
72 Produktionsverfahren müssen ökologisch optimiert werden.
 - 73 • Eine (Neu-) Bewertung unseres Wirtschaftens in Richtung ganzheitlicher
74 Betrachtungsweisen (z.B. Lebenszyklus von Gebäuden und Produkten sowie
75 Gesamtenergiebilanzen).
 - 76 • Die gezielte Förderung von funktionierenden Kreislaufwirtschaften bei
77 verwendeten Ressourcen und Materialien, denn ein innovativer Klimaschutz beginnt
78 bei innovativen Materialien.
 - 79 • Für Baden-Württemberg muss die Transformation durch demokratische Mitbestimmung,
80 Tarifbindung und Betriebsräte gekennzeichnet sein.
- 81 Damit diese demokratische, ökologische und soziale Transformation gelingt, erwarten
82 wir auch von der grün-schwarzen Landesregierung verstärktes Handeln. Zusammen mit den
83 DGB und seinen Industriegewerkschaften soll die Landesregierung eine
84 industriepolitische Initiative auf den Weg bringen, die vorhandene Instrumente
85 bündelt und vor allem mehr Aufmerksamkeit auf die Bewältigung der Transformation
86 richtet. Zentral ist die Einbindung der Beschäftigten, der Betriebsräte und der
87 Gewerkschaften. Den Auftakt hierfür soll eine gemeinsam ausgerichtete
88 industriepolitische Konferenz bilden.

Antrag C007: Amazon & Co: So nicht! Kriterien für Gute Arbeit bei der Ansiedlung von Gewerbe

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	KV Boeblingen (DGB BW · Nr. 156)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	12. Gute Arbeit

- 1 Die DGB-Bezirkskonferenz möge beschließen:
- 2 • Dem neoliberalen Credo, „alles, was Arbeit schafft, sei auch sozial“: erteilen
- 3 wir eine klare Absage. Keine Unterstützung für die Ansiedlung von Betrieben mit
- 4 schlechten Arbeitsbedingungen, Outsourcing, gewerkschaftsfeindlichem Verhalten
- 5 und Lohndumping.
- 6 • Der DGB Baden-Württemberg wird im Rahmen seiner Industrie- und Strukturpolitik
- 7 die Stadt- und Kreisverbände bei Bedarf beraten und unterstützen, wenn diese
- 8 sich zu Ansiedlungen von Unternehmen wie Amazon kommunalpolitisch positionieren.
- 9 Zur Unterstützung zählt auch die Erarbeitung eines Konzepts, wie
- 10 gewerkschaftliche Anforderungen an eine (inter-)kommunale Flächenpolitik
- 11 erfolgreich eingebracht werden können. Gemeinsam mit den Stadt- und
- 12 Kreisverbänden sind Kriterien an Gute Arbeit zu entwickeln, die von den
- 13 Gewerkschaften vor Ort genutzt werden können.

Antrag C008: Weg mit den prekären Beschäftigungsformen – Sozialstaat erhalten und ausbauen

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	KV Boeblingen (DGB BW · Nr. 156)
Status:	angenommen als Material an Bezirksvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an Bezirksvorstand
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	12. Gute Arbeit

1 Der DGB Bezirk Baden-Württemberg setzt sich aktiv für die Sicherung und Erweiterung
2 des Sozialstaats in Deutschland ein. Dafür benötigen wir eine sozial gerechte Ordnung
3 des Arbeitsmarktes und die Überwindung aller Formen prekärer Beschäftigung,
4 insbesondere

- 5 • die Einführung der Sozialversicherungspflicht für alle
6 Beschäftigungsverhältnisse ab der ersten Arbeitsstunde
- 7 • die Abschaffung von sachgrundlos befristeten Beschäftigungsverhältnissen
- 8 • die Einschränkung von Leiharbeit und Werkverträgen sowie des Einsatzes von Sub-
9 bzw. Nachunternehmern
- 10 • Eine Weiterentwicklung der Rentenversicherungen zu Erwerbstätigenversicherungen
- 11 • Umwandlung der Gesetzlichen Krankenversicherung zu einer solidarischen
12 Bürgerversicherung für alle
- 13 • Die Durchführung einer flächenweiten Kampagne für einen gerechten Sozialstaat

14

Antrag C009: Sicherstellung der Ausbildungsqualität im Betrieb

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	IG-BCE Landesbezirk Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 210)		
Status:	angenommen		
Empfehlung der ABK:	Annahme		
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg		
Antragsblock:	9. Ausbildung, Studium und Weiterbildung		
Abstimmung über Antragsblock 9	Ja:	(100 %)	88
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:		0
	Eingegangene Stimmen:		88

- 1 Der DGB soll sich gemeinsam mit den Einzelgewerkschaften und deren zuständigen
2 Gremien dafür einzusetzen, die Qualität der dualen Ausbildung nachhaltig zu sichern
3 und zu steigern. Um Verbesserungen zur Ausbildungsqualität sicherzustellen sind
4 folgende Maßnahmen umzusetzen.
- 5 1) Qualifizierungen der Ausbilder*innen (Hauptamtliche Ausbilder*innen) und die
6 zur Ausbildung beauftragten Personen (ehrenamtliche Ausbilder*innen)
7 Wir wollen, dass Ausbilder*innen und mit der Ausbildung beauftragte Personen alle 2
8 Jahre sowohl in ihren beruflichen Fachkompetenzen (Fertigkeiten, Kenntnisse und
9 Fähigkeiten) als auch in ihren pädagogischen Fachkompetenzen geschult werden. Hierzu
10 werden die Ausbilder*innen und die mit der Ausbildung beauftragte Personen 5 Tage für
11 die entsprechende Fortbildung bezahlt freigestellt und deren Fortbildungskosten vom
12 Arbeitgeber übernommen.
- 13 2) Festlegen einer Ausbilder*innenquote pro Auszubildende.
14 Wir wollen einen festgelegten Anteil an Ausbilder*innen und mit der Ausbildung
15 beauftragter Personen. Dieser bemisst sich nach der Gesamtanzahl der Auszubildenden
16 einer Berufsgruppe. Die Empfehlungen des Hauptausschusses des Bundesinstituts für
17 Berufsbildung (BiBB) müssen umgesetzt werden.
- 18 3) Vergütung der ehrenamtlichen Ausbilder*innen (mit der Ausbildung beauftragte
19 Personen)
20 Da die ehrenamtlichen Ausbilder*innen (mit der Ausbildung beauftragte Personen) dies
21 neben ihrer eigentlichen Tätigkeit im Betrieb durchführen und möglicherweise in einer
22 niedrigeren Entgeltgruppe eingruppiert sind, ist diesen Personen ein Ausgleich zu
23 gewähren. Wie hoch und in welcher Form dies geschieht ist mit den betrieblichen
24 Mitbestimmungsorganen (BR&JAV) zu vereinbaren. Ehrenamtliche Ausbilder*innen (mit der
25 Ausbildung beauftragte Personen) die über der Eingruppierung der hauptamtlichen
26 Ausbilder*innen liegen, werden zu 100% ihrer Entgeltgruppe weiter vergütet und
27 erleiden dadurch keinen finanziellen Nachteil.
- 28

Antrag C010: Immer weniger Betriebe bilden aus. Wer nicht ausbildet, soll zahlen.

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	KV Ludwigsburg (DGB BW · Nr. 158)		
Status:	angenommen		
Empfehlung der ABK:	Annahme		
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg		
Antragsblock:	10. Ausbildungsumlage		
Abstimmung über den Antragsblock 10	Ja:	(88.235 %)	75
	Nein:	(11.765 %)	10
	Enthaltung:		3
	Eingegangene Stimmen:		88

- 1 dass der DGB Baden-Württemberg sich weiter für eine Stärkung der beruflichen
- 2 Ausbildung einsetzt. Im Einzelnen soll der DGB folgende Ziele einfordern:
- 3 • Alle Betriebe müssen für die Fachkräfteausbildung stärker in die Verantwortung
- 4 genommen werden. Wer nicht ausbildet, muss zahlen.
- 5 • gezielte Ansprache, Beratung und finanzielle Unterstützung von Betrieben in
- 6 Regionen mit Versorgungsproblemen.
- 7 • eine wirksame Ausbildungsgarantie gekoppelt an eine Ausbildungsumlage für alle
- 8 Jugendlichen.
- 9 • eine Überprüfung und Erweiterung von Instrumenten, die die Mobilität von
- 10 Jugendlichen fördert (Azubi-Ticket, Azubi-Wohnheime etc.)

Antrag C011: TV Stud - Aufnahme der Beschäftigtengruppe in den Tarifvertrag

Laufende Nummer: 72

Antragsteller*in:	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Landesverband Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 212)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	9. Ausbildung, Studium und Weiterbildung

- 1 Der DGB-Baden-Württemberg begrüßt die Initiativen zur tariflichen Absicherung
- 2 studentischer Beschäftigter in den letzten Monaten. Der DGB bekräftigt ihre
- 3 Forderungen, alle studentischen Beschäftigten an Hochschulen tariflich abzusichern
- 4 und eine Personalvertretung für sie zu etablieren.
- 5 Der DGB steht zum Grundsatz des Flächentarifvertrages für alle Beschäftigten des
- 6 öffentlichen Dienstes auch an Hochschulen und Forschungseinrichtungen und fordert die
- 7 Ausdehnung des Geltungsbereichs auf alle Beschäftigtengruppen einschließlich der
- 8 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, wissenschaftlichen Hilfskräfte und
- 9 studentischen Beschäftigten.

Antrag C012: Bezahlung von Studierenden während des Praxisteils einer Thesis und während Pflichtpraktika

Laufende Nummer: 4

Antragsteller*in:	DGB Jugend Baden Württemberg (DGB BW · Nr. 220)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	9. Ausbildung, Studium und Weiterbildung

- 1 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass es für Studierende auch eine
- 2 gesetzliche Vergütungsregelung gibt, insofern sie ein Praktikum absolvieren oder die
- 3 Vorbereitung einer Thesis praktisch ausarbeiten müssen.

Antrag C013: Übernahme der Studiengebühren für DH Studenten durch den Arbeitgeber

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	IG-BCE Landesbezirk Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 210)
Status:	angenommen als Material an an Bezirksvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an an Bezirksvorstand
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	9. Ausbildung, Studium und Weiterbildung

- 1 Der DGB Bezirk Baden-Württemberg wird aufgefordert, in Kooperation mit den
- 2 Mitgliedsgewerkschaften dafür Sorge zu tragen, dass die "Studiengebühren"
- 3 (Studienbeiträge) der DH Studierenden durch den Arbeitgeber übernommen werden.

Antrag C014: Geschlechtergerechter Zugang zur Weiterbildung / Qualifizierungsprozesse für Frauen in der Transformation stärken

Laufende Nummer: 60

Antragsteller*in:	DGB Bezirksfrauenausschuss (DGB BW · Nr. 221)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	9. Ausbildung, Studium und Weiterbildung

- 1 Als Gewerkschaften wollen wir die Transformation und Digitalisierung aktiv im Sinne
2 der Beschäftigten gestalten. Qualifizierung ist eine wichtige Voraussetzung, damit
3 bei Digitalisierungsprozessen alle Beschäftigten mitgenommen werden. Damit Frauen
4 nicht die Verliererinnen werden, muss dieses Thema auch aus frauenpolitischer
5 Perspektive analysiert werden. Der DGB Baden-Württemberg und die DGB-Frauen in Baden-
6 Württemberg setzen sich auf der jeweiligen Handlungsebene deshalb dafür ein:
- 7 • dass eine geschlechtsspezifische Analyse der Weiterbildungsbedarfe erfolgt, die
8 auch Teilzeitkräfte und geringfügig Beschäftigte nicht außen vor lässt;
 - 9 • die geschlechtersensible Ausgestaltung von Angeboten zur Qualifizierung zu
10 überprüfen und den geschlechtergerechten Zugang einzufordern;
 - 11 • dass das Bildungszeitgesetz auch auf die Anforderungen für Beschäftigte mit
12 familiären Verpflichtungen Rücksicht nimmt. D.h., dass insbesondere Angebote in
13 Teilzeit möglich sind und teilweise digitale Formate angeboten und wahrgenommen
14 werden können;
 - 15 • dass Weiterbildungsangebote für Frauen, für die Qualifizierung für
16 Führungspositionen, familien- und geschlechtersensibel geschaffen werden;
 - 17 • dass bestehende Forschungslücken geschlossen – und ein Programm entwickelt wird,
18 den digitalen Strukturwandel, gerade in frauentypischen Berufen zu
19 identifizieren und zu unterstützen;
 - 20 • dass die Arbeitgeber, Konzepte zu Qualifizierungen besonders für Frauen,
21 frühzeitig und in ausreichender Anzahl anbieten. Dadurch soll Abgruppierungen
22 und Arbeitsplatzverlusten gegengesteuert werden. Gesetzliche Instrumente sind
23 auszubauen und neue zu entwickeln;
 - 24 • dass sich der DGB dafür einsetzt, dass die Rechte des Betriebsrats und
25 Personalrats bei der Sicherung und Förderung der Beschäftigung gestärkt werden.
26 Der Betriebsrat kann zurzeit nach § 92a BetrVG zwar Vorschläge machen. Im
27 Konfliktfall hat er aber keine Durchsetzungsrecht. Deshalb muss § 92a BetrVG zu
28 einem Mitbestimmungsrecht weiterentwickelt werden.

- 29 • dass der DGB Baden-Württemberg bei der Digitalisierung gleichstellungspolitische
30 Belange verstärkt in den Blick nimmt, um Nachteile für Frauen zu unterbinden.

31

32

Antrag C015: Für eine aktive Friedenspolitik – gegen Rüstungsexporte und für Rüstungskonversion

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	SV Stuttgart (DGB BW · Nr. 164)
Status:	angenommen als Material zu Antrag C016
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag C016
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	11. Frieden und Abrüstung
Abstimmung über Antragsblock 11	Ja: (97.674 %) 84 Nein: (2.326 %) 2 Enthaltung: 2 Eingegangene Stimmen: 88

- 1 Der DGB Vorstand wird aufgefordert, sich gegen Rüstungsexporte und für Wiederaufnahme
- 2 von Initiativen zur Rüstungskonversion einzusetzen.
- 3 Der DGB ist Teil der Friedensbewegung und beteiligt sich weiterhin an den
- 4 Ostermärschen, den Kundgebungen zum 8. Mai als Tag der Befreiung und führt den 1.
- 5 September als Antikriegstag durch. Wir wenden uns deshalb entschieden gegen
- 6 Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte.
- 7 Deutschland ist nach den USA, Russland und China der viertgrößte Waffenexporteur
- 8 weltweit.
- 9 Im Fünfjahreszeitraum 2016 bis 2020 erhöhten die deutschen Rüstungskonzerne ihre
- 10 Waffenausfuhren gegenüber der gleichlangen vorhergehenden Periode um ganze 21 Prozent
- 11 und hängten damit die USA mit einem Plus von 15 Prozent deutlich ab.
- 12 Zu den größten Empfängerländern von deutschen Rüstungsgüter gehören Ägypten,
- 13 Algerien, Katar und die Türkei. Diese Länder gelten nicht nur als Spannungsgebiete,
- 14 sondern auch als Länder mit massiven Menschenrechtsverletzungen.
- 15 Wir fordern:
- 16 • eine restriktive Handhabung der Genehmigung von Waffenexporten durch die
- 17 Bundesregierung
- 18 • ein gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten in Krisenregionen und in Ländern,
- 19 in denen die Menschenrechte missachtet werden
- 20 • gegen eine Finanzierung von Rüstungsexporten mit Steuergeldern
- 21 Das erfordert eine verstärkte parlamentarische Kontrolle.
- 22 Langfristig muss es Ziel sein, die Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte ganz
- 23 abzuschaffen.
- 24 Denn: Rüstungsproduktion ist menschenverachtend und gleichzeitig eine ungeheure
- 25 Verschwendung von gesellschaftlichen Ressourcen.

- 26 Die Wiederaufnahme der Diskussion über Rüstungskonversion ist dringend erforderlich,
27 d.h. Umstellung der Produktion von Rüstungsgütern auf zivile, gesellschaftlich
28 nützliche Produkte. Diese Umstellung schließt eine Diversifizierung ein, um
29 Unternehmen mit einem hohen Rüstungsanteil langfristig unabhängig von
30 Rüstungsaufträgen zu machen.
- 31 Da ein Großteil der Rüstungsgüter in Mischkonzernen produziert wird, ist die
32 Konversion durchaus machbar. Die Initiativen zur Umstellung von Rüstungs- auf zivile
33 Produktion sind staatlich unterstützt zu begleiten.
- 34 Der DGB muss verstärkt seinen Einfluss geltend machen, dass auf Bundes- und
35 Landesebene mit den Hochschulen Institute für alternative Fertigung eingerichtet
36 werden. Sie sollen theoretische Grundlagen erarbeiten und entsprechende Arbeitskreise
37 praktisch beraten.
- 38 An die DGB-Landesdelegiertenkonferenz zur Weiterleitung an den DGB-OBK

Antrag C016: Klima braucht Frieden: Für ein Friedensklima!

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	KV Pforzheim/Enzkreis (DGB BW · Nr. 139)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	11. Frieden und Abrüstung

1 Der DGB möge darauf hinwirken, dass **friedenspolitische Maßnahmen** sich umfassend auf
2 die internationalen Beziehungen auswirken. Dazu fordern wir:

3 1. Die Bundesrepublik Deutschland verzichtet ausdrücklich auf ein Mitspracherechts
4 beim Einsatz von Atomwaffen. Stattdessen wird der Bundestagsbeschluss aus dem
5 Jahre 2010 umgesetzt, wonach alle Atomwaffen vom Territorium der Bundesrepublik
6 abzuziehen sind.

7 2. Das Ziel, 2% des BIP für die Rüstung aufzuwenden, wird aufgeben. Der
8 Rüstungshaushalt wird vorerst auf dem Niveau von 2018 eingefroren, freiwerde
9 Mittel stehen z.B. für den Schutz des Klimas zur Verfügung

10 3. Die Bundesrepublik Deutschland wirkt in der NATO auf Maßnahmen internationaler
11 Vertrauensbildung gegenüber Russland und China hin. Dazu gehören z.B.
12 Verhandlungen über eine Entmilitarisierung der Ostsee. Die Bundesrepublik
13 verzichtet ab sofort auf die Teilnahme und Unterstützung der DEFENDER-Manöver.

14 4. Der DGB setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass Exporte von in
15 Deutschland produzierten Rüstungsgütern beschränkt werden auf Staaten, die nicht
16 in kriegerische Auseinandersetzungen im Inneren oder mit anderen Staaten
17 verwickelt sind oder von autoritären Regimen beherrscht werden. Dazu gehört auch
18 der NATO-Staat Türkei. Rüstungskonversion ist endlich ernst zu nehmen, die
19 Beteiligung von deutschen Firmen an gigantischen Aufrüstungsprojekten wie das
20 das Kampfflugzeugsystems FCAS (Future Combar Air System, geplanter
21 Finanzierungsbedarf 500 Milliarden Euro) ist zu unterbinden.

22 5. Der DGB setzt sich ferner politisch dafür ein, dass keine Soldaten der
23 Bundeswehr in ein Land außerhalb der NATO entsandt werden. Konfliktbewältigung
24 muss zunächst durch sämtliche anderen zur Verfügung stehenden Optionen, wie dem
25 Einsatz des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) erfolgen.

26 6. Der DGB Baden-Württemberg begrüßt ausdrücklich das Konzept der evangelischen
27 Landeskirche Baden „Zivile Sicherheitspolitik - Sicherheit neu denken“. Er
28 schlägt der evangelischen Landeskirche Baden gemeinsame Veranstaltungen und
29 Aktionen hierzu vor.

30 Der DGB ruft am 1. September 2022 um 11.55 Uhr bundesweit auf: „Fünf Mahnminuten für

31 den Frieden – damit die Welt ruhig atmen kann!“

Antrag C017: Atomwaffenverbot statt einem neuen atomaren Wettrüsten

Laufende Nummer: 75

Antragsteller*in:	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Landesverband Baden-Württemberg (DGB BW · Nr. 212)
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	11. Frieden und Abrüstung

- 1 Die DGB Bezirksversammlung Baden-Württemberg beschließt die Unterstützung der ICAN-
- 2 Initiative zum weltweiten Atomwaffenverbot und setzt sich bei der Landesregierung und
- 3 dem Landtag Baden-Württembergs dafür ein, dass das Bundesland Baden-Württemberg der
- 4 Initiative beitrifft.

Antrag C018: Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	SV Stuttgart (DGB BW · Nr. 164)
Status:	angenommen als Material zu Antrag C017
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag C017
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	11. Frieden und Abrüstung

- 1 Der DGB Baden-Württemberg unterstützt die ICAN-Kampagne zum Appell an die
- 2 Bundesregierung, dem weltweiten Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Er fordert die
- 3 Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg in einem Offenen Brief auf, einen
- 4 entsprechenden Antrag einzubringen und zu verabschieden, um den Druck auf die
- 5 Bundesregierung zur Unterzeichnung dieses Vertrags zu erhöhen.
- 6 Der DGB Baden-Württemberg unterstützt die Bemühungen verschiedener Initiativen aus
- 7 der Friedensbewegung, möglichst viele der Abgeordneten des baden-württembergischen
- 8 Landtags dafür zu gewinnen.

Antrag C019: Atomaren Wahnsinn beenden! Für eine atomwaffenfreie Welt! Abrüsten statt aufrüsten! Protest und Widerstand notwendig!

Laufende Nummer: 61

Antragsteller*in:	KV Rems-Murr (DGB BW · Nr. 165)
Status:	angenommen als Material zu Antrag C017
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag C017
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	11. Frieden und Abrüstung

- 1 Der DGB Baden Württemberg fordert die Bundesregierung auf: Ihre Verweigerungshaltung
- 2 gegenüber dem Atomwaffenverbotsantrag (AVV) der Vereinten Nationen aufzugeben; diesem
- 3 beizutreten, ihn zu unterzeichnen und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland zu
- 4 veranlassen! Gleichzeitig fordert die DGB Landeskonferenz den Landtag von Baden
- 5 Württemberg auf, den Ländern Bremen, Hamburg, Berlin und Rheinland Pfalz zu folgen,
- 6 die den ICAN – Städteappell unterzeichneten. Landtag und Landesregierung von Baden
- 7 Württemberg stehen da in einer besonderen Verantwortung. Hier in Stuttgart ist der
- 8 Sitz der beiden US-amerikanischen Kommandozentralen Eucom und Africom, deren
- 9 Auflösung wir fordern. Der DGB fordert seine Gliederungen auf, dafür aktiv zu werden.

10

Antrag C020: Abschiebungen stoppen!

Laufende Nummer: 83

Antragsteller*in:	SV Karlsruhe (DGB BW · Nr. 136)		
Status:	angenommen in geänderter Fassung		
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung		
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg		
Antragsblock:	13. Abschiebungen		
Abstimmung über Antragsblock 13	Ja:	(87.356 %)	76
	Nein:	(12.644 %)	11
	Enthaltung:		3
	Eingegangene Stimmen:		90

- 1 1) Der DGB setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, die
- 2 Asylrechtsverschärfungen der vergangenen Jahre rückgängig gemacht werden. Dazu zählt
- 3 auch die »Duldung light« mit dem Ausbildungs- und Arbeitsverbot. Wirksame
- 4 Bleiberechtsregelungen werden eingeführt, bspw. ein generelles Bleiberecht nach fünf
- 5 Jahren Aufenthalt (für Familien nach drei Jahren, für Opfer von rassistischer Gewalt
- 6 sofort).
- 7 Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie Syrien und Afghanistan kommen nicht in
- 8 Frage, ebenso keine innereuropäische Rückführungen ins Elend.

Antrag C021: Staatliche Pflichtversicherung für Elementarschäden

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	KV Boeblingen (DGB BW · Nr. 156)
Status:	angenommen als Material an Bezirksvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an Bezirksvorstand
Sachgebiet:	C - Gut Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg
Antragsblock:	7. Anforderungen Landesregierung

- 1 Der Klimawandel führt zur Häufung von extremen Wettersituationen mit massiven
- 2 Auswirkungen. Die Gesetzeslage muss deshalb dringend angepasst werden. Der DGB setzt
- 3 sich deshalb dafür ein, dass jedes Wohngebäude in der Bundesrepublik eine
- 4 Pflichtversicherung für Elementarschäden (Feuerversicherung) haben muss. Diese
- 5 Versicherung sollte in staatlicher Hand liegen.

Antrag Test: Einheitsgewerkschaft

Laufende Nummer: 93

Antragsteller*in:	Antragsberatungskommission (ABK) (DGB BW)		
Status:	angenommen		
Abstimmung	Ja:	(73.016 %)	46
	Nein:	(26.984 %)	17
	Enthaltung:		9
	Eingegangene Stimmen:		72

- 1 Stammt das Zitat:
- 2 **"Hütet die Einheitsgewerkschaft wie euren Augapfel"**
- 3 von Hans Böckler?